Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badische Presse. 1890-1944
1922

337 (25.7.1922) Abendausgabe

Visual Library

Karlsruhe, Dienstag, den 25. Juli 1922 — Abend-Ausgabe. — 38. Jahrgang. Nr 337

Bezugs-Preise:
In Karlsruhe: Im Verlage und in den Zweigstellen abgeholt monatlich ℳ 37.—, frei ins Haus geliefert ℳ 41.—.
Auswärts: Von unseren Agenturen bezogen ℳ 41.—. Durch die Post einschl. Zustellgebühr ℳ 41.—.
Einzelnummer bis 4 Seiten Umfang ℳ 1.—, über 4 Seiten Umf. ℳ 1.50.
Anzeigen:
Die 1spaltige Nonpareillezeile ℳ 6.—, auswärts ℳ 8.—. Stellengesuche und Familienanzeigen ℳ 4.50. Die Reklamezeile ℳ 30.—, an erster Stelle ℳ 32.50. Bei Wiederholung tarifester Rabatt, der bei Nichteinhaltung des Zieles, bei gerichtlicher Beitreibung und Konkursen außer Kraft tritt.
Für Platzvorschriften und Tag der Aufnahme kann keine Gewähr übernommen werden.
Im Fall höherer Gewalt hat der Bezieher keine Ansprüche bei verspätetem oder Nichterscheinen der Zeitung.

Badische Presse

und

Handels-Zeitung

Neue Badische Presse — Badische Landeszeitung

Verbreitetste Zeitung Badens

Beilagen: Sportblatt / Technik u. Industrie / Frauenzeitung / Steuer-Rundschau / Feld u. Garten / Reise- u. Bäderzeitung / Volk u. Heimat

Eigentum und Verlag von Ferd. Thiergarten.
Chefredakteur: Dr. Walther Schneider.
Verantwortliche Redakteure: Für deutsche Politik und Wirtschaftspolitik: Dr. W. Schneider; für badische Politik: M. Holzinger; für Auslandspolitik: A. Kimmig; für Kunst, Wissenschaft u. Unterhaltung: A. Rudolph; für lokale Angelegenheiten u. Sport: R. Volderauer; für die Handelszeitung: Dr. H. Dröse; für Anzeigen: A. Rinderspacher, alle in Karlsruhe.
Berliner Redaktion: Dr. Kurt Metger.
Fernsprecher: Geschäftsstelle: Nr. 86. Redaktion: Nr. 309 und 319.
Geschäftsstelle: Zirkel- und Lammstraße-Ecke, nächst Kaiserstraße und Marktplatz.
Postscheckkonto: Karlsruhe Nr. 8359.

Um die Londoner Konferenz.

Die Bedeutung der italienischen Ministerkrise.

S. **Paris**, 25. Juli. (Drahtmeldung unseres eigenen Berichterstatters.) Das „Petit Journal" ist heute morgen sehr böse darüber, daß England auf einen von England selbst gewünschten Vorschlag Poincarés, die Verhandlungen am 1. August zu eröffnen, bis jetzt noch nicht mit einer offiziellen Bestätigung geantwortet hat, obwohl im englischen Ministerrat die Feststellung des endgültigen Konferenzdatums behandelt worden sei. Das Blatt will aus London erfahren haben, daß die englischen Minister der Meinung sind, es sei aus Höflichkeitsgründen untunlich, das Datum vor Beendigung der italienischen Ministerkrise zu bestimmen, daher habe die Downingstreet auch noch nicht an Poincaré geantwortet. Das „Petit Journal" sagt, es wäre ganz unmöglich, die italienische Ministerkrise abwarten zu wollen; dies sei schlimmer als im Februar, wo sie sogar einen Monat gedauert habe. Italien könnte sich außerdem durch seinen Londoner Botschafter auf der Konferenz vertreten lassen, bis sich seine Regierung konstruiert habe. Wenn Lloyd George darauf beharren sollte, die italienische Ministerkrise abzuwarten, so müsse man annehmen, daß er eine Einigung mit Frankreich allein nicht für möglich halte und daß er daher seine Beschlüsse ihm aufzwingen wolle. Das wäre aber auch für die Lösung des Reparationsproblems nicht günstig.

Das „Petit Journal" behauptet weiter, daß man seit Friedensschluß viele Konferenzen erlebt habe, daß aber noch auf keine so viel Hoffnung gesetzt worden sei, wie auf die bevorstehenden Verhandlungen zwischen Poincaré und Lloyd George in London. Diesmal fühle jedermann, daß man zu einer Entscheidung gelangen müsse. Die maßgebenden Vertreter der Hochfinanz haben bei den Anleiheverhandlungen kategorisch erklärt, daß die erste Bedingung für eine Lösung die Herabsetzung der deutschen Reparationsschuld sei.

EP. **Paris**, 24. Juli. Der „Newyork Herald" schreibt, daß Frankreich sich deshalb entschlossen habe, die Reparationsfrage von einem internationalen Standpunkt aus anzusehen, um der Opposition entgegenzuarbeiten, die behauptet, die letzten Regierungen wären unfähig gewesen, den Staatshaushalt zu ordnen und auch um seinen früheren Einfluß in Amerika wiederzugewinnen, wo das Gefühl vorherrsche, daß die unversöhnliche Haltung Frankreichs eigentlich nur das Vorspiel zu militärischen Sanktionen sei. Zahlreiche Franzosen, die in der letzten Zeit aus Amerika zurückgekehrt seien, erklärten, daß man in Amerika bedauere, daß England und Frankreich die Reparationsfrage nicht auf eine rein geschäftliche Grundlage stellen wollen. Man hofft, daß eine Lösung der ganzen Frage noch vor Ende des Sommers zustandekommen werde, so daß das Komitee Morgan im September seine Tätigkeit wieder aufnehmen könne.

Die „Chicago Tribune" glaubt ebenfalls zu wissen, daß das Komitee Morgan im September wieder einberufen werden wird. Morgan werde bis zu dieser Zeit noch in London bleiben. Es sei wahrscheinlich, daß Lloyd George ein längeres Moratorium vorschlagen werde, als Poincaré beschließen lassen möchte.

Das „Journal" berichtet, daß Poincaré auf seiner Reise nach London von einer Reihe von Sachverständigen für die Reparationsfrage und die Außenpolitik begleitet sein werde. Englischerseits würden Lord Balfour und Sir Horne an den Beratungen teilnehmen. Auch Vertreter Belgiens und Italiens würden wahrscheinlich im Verlaufe der Unterredungen eingeladen werden, nach London zu kommen.

Im „Echo de Paris" fordert Pertinax von neuem die „Tiefenbesetzung" des Rheinlandes und die Besetzung der Ausgänge des Ruhrgebietes. Alle anderen Lösungen seien keine Politik, sondern bloße Illusionen.

ep. **London**, 24. Juli. Der „Daily Telegraph" schreibt: Man vernimmt jetzt, daß trotz der Instruktionen, die Poincaré Dubois gegeben hat, der französische Ministerpräsident jetzt bereit ist, die Reparationsfrage mit Lloyd George Anfang August zu besprechen. Da es so ist, so ist es wohl gestattet zu fragen, warum er dem Präsidenten der Reparationskommission Instruktionen gegeben hat, bevor er noch die Besprechungen mit Lloyd George begonnen hat.

WTB. **Paris**, 25. Juli. „Havas" berichtet aus London: Das englische Kabinett ist gestern Mittag zusammengetreten. Gut unterrichteten Kreisen zufolge, hat es den durch die französische Botschaft übermittelten Vorschlag Poincarés geprüft. Man beobachtet hinsichtlich der Haltung, die die englische Regierung einnehmen werde, große Zurückhaltung, glaubt jedoch zu wissen, daß sie den Vorschlag des französischen Premierminister, die Konferenz zwischen den beiden Premierministern auf den 1. August festzusetzen, annehmen werde.

Lloyd Georges Urlaub.

EP. **London**, 24. Juli. Lloyd George wird sofort nach der Vertagung des Parlaments London verlassen und wird sich wahrscheinlich nach Criccieth in Wales begeben. Man dementiert das Gerücht, wonach Lloyd George die Absicht habe, seine Ferien in Spanien zu verleben.

Ein französischer Vorschlag für eine deutsch-französische Interessengemeinschaft.

ep. **Paris**, 24. Juli. Das „Journal" veröffentlicht einen Bericht des Präsidenten der Finanzkommission der Kammer, Darioc, über die wirtschaftliche und politische Lage der besetzten Gebiete im Verhältnis zu den aus dem Versailler Vertrag entstandenen Rechten Frankreichs. Der Berichterstatter kommt darin zu dem Schluß, daß die industrielle Assoziation zwischen Frankreich und dem rheinisch-westfälischen Industriegebiet auf freundschaftlicher Grundlage angestrebt werden solle: eine Vereinigung der deutschen Kohlen mit dem französischen Eisenerz. Der Zweck dieser Gemeinschaft wäre der, eine zu intensive Wirtschaftsentwicklung Deutschlands zu verhindern, die notwendigerweise die Folge wäre, wenn Deutschland während 35 Jahren gehalten würde, ungeheure Summen an Frankreich zu bezahlen.

Die italienische Ministerkrise.

WTB. **Rom**, 24. Juli. Der König hat den Senatspräsidenten Tittoni und danach Bonomi empfangen.

WTB. **Rom**, 24. Juli. Orlando hat den ihm erteilten Auftrag, das Kabinett zu bilden, abgelehnt, weil die Sozialisten sowohl wie die Katholische Volkspartei nicht mit den Abgeordneten der Rechten in das Kabinett eintreten wollen. Der König hat heute den Kammerpräsidenten Nicola empfangen.

TU. **Lemberg**, 25. Juli. (Drahtbericht). Aus Borislaw wird gemeldet, daß dort eine neue Petroleumquelle erbohrt wurde, die täglich 30 Zisternen produziere und 130 cbm Gas täglich ergebe. Das bedeutet eine Erhöhung der Borislawer Petroleumförderung von 20 Prozent.

Die bayerische Krise.

„Offenbare Auflehnung".

WTB. **Berlin**, 25. Juli. Zu der bayerischen Sonderverordnung schreibt die „Deutsche Allgemeine Zeitung": Die Verordnung ist der erste Fall einer offenbaren Auflehnung eines Landes gegenüber dem Reiche, dessen Glied es ist. Die Reichsgesetze zum Schutze der Republik sind, da sie möglicherweise Verfassungsänderungen darstellen, mit der für solche erforderlichen Zweidrittelmehrheit angenommen worden. Dem gegenüber hat kein Land das Recht, seine Staatsangehörigen zur offenen Widersetzlichkeit gegen die Reichsgesetze aufzufordern. Der Reichspräsident kann nach Artikel 48, Absatz 1 der Reichsverfassung Bayern zur Aufhebung der verfassungswidrigen Verordnung und zur Befolgung der Reichsgesetze anhalten. Wohin soll es führen, wenn jedes im Reich überstimmte Land mit der Behauptung, daß die Mehrzahl seiner Staatsangehörigen mit den Reichsgesetzen nicht zufrieden sei, eigene Maßnahmen treffen und den Landeskindern gebieten soll, sich nach diesen statt nach den Reichsgesetzen zu richten. Die bayerische Regierung hat sich mit der Notverordnung auf einen äußerst gefährlichen Weg begeben, der zum Auseinanderfallen des Reiches und zum Bürgerkriege führen kann. Wenn der Reichpräsident, wonach er nach Artikel 48, Absatz IV, Satz 3 befugt ist, diese Maßnahmen kurzerhand außer Kraft setzt so ist die Verordnung ohnehin schon nach Artikel 13 (Reichsrecht-Landesrecht) rechtsungültig und als solche öffentlich festgestellt. Dann ist jedes Verfahren durch die bayerischen Volksgerichte die in der Verordnung eingesetzt sind, nichtig. Die Mitglieder der Volksgerichte könnten wegen Amtsanmaßung verfolgt werden. Der Widerstand gegen die nach den Reichsgesetzen zulässigen Maßnahmen durch bayerische Polizeiorgane wäre strafbarer Widerstand gegen die Staatsgewalt. Kurz, es treten unabsehbare Folgen ein. Sollte die Reichseinheit gewahrt bleiben, so ist es notwendig, den Widerstand gegen ordnungsmäßig beschlossene Reichsgesetze nur auf dem durch die Verfassung gegebenen Wege geltend zu machen, nämlich durch einen Versuch, die Aufhebung der Reichsgesetze durch einen neuen Beschluß des Reichstages herbeizuführen. Jedes andere Vorgehen ist ungesetzlich und verwerflich.

Eine Mahnung des Zentrums.

WTB. **Köln a. Rh.**, 24. Juli. Die „Kölnische Volkszeitung" richtet an die „Bayerische Volkszeitung", nach dem sie davor warnte, die Reichsregierung zu übereilten Schritten zu drängen, folgende Mahnung: Wir haben uns stets bemüht, für die Schwierigkeiten der Bayerischen Volkspartei Verständnis zu haben. Wir haben auch den in Bayern selbst unternommenen Versuchen, dort die Zentrumsfahne gegen die Bayerische Volkspartei zu erheben, Widerstand geleistet. Diese ganze Politik der Versöhnung scheint aber nun in Frage gestellt. Ist es noch möglich, Rücksichten zu üben, während die maßgebenden Kreise in Bayern selbst jede Rücksicht fallen lassen? Sogar die Rücksicht auf die Einheit der eigenen Partei in Bayern? Wir wollen diese Frage heute nur stellen. Die Antwort werden die Ereignisse und vor allem die Anhänger des christlichen Gedankens in Bayern selbst zu geben haben.

Aufruf des bayrischen Bürgerblocks.

TU. **München**, 24. Juli. (Drahtbericht.) Der bayrische Regierungsblock der bürgerlichen Parteien richtet an seine Anhänger einen Aufruf mit der Aufforderung, die bayrische Regierung, so lange sie in ihrem Widerstand gegen Berlin festbleibe, in dem ihr aufgezwungenen Kampfe zu unterstützen, komme was da wolle.

Der Reichsgesandte in München bleibt in seinem Amt.

TU. **München**, 24. Juli. (Drahtbericht.) Wie von zuständiger Stelle verlautet, wird Graf Zech auf seinem Posten verbleiben, bis die Lage zwischen Berlin und München geklärt ist.

Der Staatsgerichtshof.

WTB. **Leipzig**, 24. Juli. Die endgültige Zusammensetzung des Staatsgerichtshofes zum Schutze der Republik ist folgende: Den Vorsitz führt der Senatspräsident Hagen, sein Stellvertreter ist Senatspräsident Richter. Zu Mitgliedern des Staatsgerichtshofes sind Reichsgerichtsrat Baumgarten und Reichsgerichtsrat Zeitler ernannt. Zum Untersuchungsrichter wurde Landgerichtsdirektor Alcken vom Landgericht Frankfurt a. M. bestellt.

Der Bürgerkrieg in Irland.

WTB. **London**, 24. Juli. Die irischen Regierungstruppen rücken gegenwärtig auf Cork vor, wo sich der letzte große Stützpunkt der Aufständischen befindet. Die Blätter nehmen allerdings an, daß die Aufständischen, wenn sie in offener Feldschlacht endgültig geschlagen sind, zum Teil in den Guerillakrieg übergehen werden. Bei der Einnahme von Limerick haben die Regierungstruppen nach einer amtlichen Meldung 5 Tote und 20 Verwundete verloren.

ep. **Dublin**, 24 Juli. Der Erzbischof von Tuan veröffentlicht heute eine Appell an das irische Volk, worin er zu sofortigen Friedensverhandlungen auffordert, da sonst Irland seinem völligen Ruin entgegengehe. Der Erzbischof schlägt den Abschluß eines sofortigen Waffenstillstandes und nachher die Einberufung des irischen Parlaments vor, das sich mit den Mitteln zur Beilegung des Bürgerkrieges beschäftigen solle.

Die innerpolnische Krise.

WTB. **Warschau**, 24. Juli. Der „Robotnik" veröffentlicht einen scharfen Aufruf des sozialistischen Parteivorstandes gegen die Reaktion unter Führung Korfantys. Der „Czas" schreibt, die Ablehnung ders Korfantykabinetts bedeutet eine Etappe zur Lösung der Krisis.

Der „Masz Kurjer" sieht in dem bisherigen Verlaufe der unter dem Zeichen der Neuwahl begonnenen Krisis eine Niederlage der Linken und zwar wegen der inzwischen erfolgten undemokratischen Abänderung der Wahlordnung. Die Blätter erwarten eine Erklärung über die Kabinettsbildung erst am Anfange der nächsten Woche.

---

c **Berlin**, 24. Juli. In der Berliner Handelskammer haben heute Beratungen über die verschiedenen Formen der sogenannten Fremdensteuern stattgefunden. Anwesend waren laut dem „B. T.": Vertreter des Auswärtigen Amtes, des Finanzministeriums, des Wirtschaftsministeriums, des Norddeutschen Lloyd, des Verbandes deutscher Hotelbesitzer-Vereine, des Verbands deutscher Verkehrsvereine, der Organisationen des Groß- und Kleinhandels usw. Nach mehrstündigen Beratungen wurde eine Entschließung gefaßt, in der es u. a. heißt: Die Förderung des Fremdenverkehrs, insbesondere des Ausländerverkehrs, wird auch unter den heutigen Verhältnissen aus wirtschaftlichen, kulturellen und politischen Gründen für dringend notwendig gehalten. Zuschläge jeglicher Art für Ausländer müssen wegen der ungünstigen Wirkung auf das Ausland als übermäßig schädlich vermieden werden. Die beruflichen Organisationen sind fest entschlossen, jeder Uebervorteilung entgegenzutreten.

Umschau.

25. Juli 1922.

Die innere Beruhigung, die man, nachdem das Reichsschutzgesetz und seine Ergänzungsgesetze von der großen Mehrheit des Reichstages verabschiedet waren, eigentlich hätte erhoffen können und die man schon aus den äußeren Anzeichen spüren zu können glaubte, war nur scheinbar. In Bayern ist eine politische Wetterwand erstanden. Bayern lehnt sich gegen das Gesetz zum Schutze der Republik und insbesondere gegen die Bestimmung über den Staatsgerichtshof auf. Bayern hat weiter auch erklären lassen, daß das Reichskriminalgesetz unter keinen Umständen für die bayerische Regierung erträglich sei, und die letzten 24 Stunden haben das Gewölk nur noch fester zusammengeballt. Der bayerische Staatsrat hat am Samstag sich die Richtlinien der Bayerischen Volkspartei und der Deutschen Volkspartei Bayerns zu eigen gemacht und hat gestern in einem Erlaß bekannt gegeben, daß die bayerische Regierung wohl das materielle Recht des Reichsgesetzes zum Schutze der Republik übernimmt, den Vollzug jedoch den bayerischen Staatsanwälten und Volksgerichten überträgt. Die bayerische Regierung beruft sich auf den zweiten Teil des Artikel 48 der Reichsverfassung, in dem den Landesregierungen das Recht zugestanden wird, bei „Gefahr im Verzug" die für die Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung nötigen Maßnahmen zu treffen. Darauf haben sich innerpolitisch in Bayern bereits sehr beachtliche Verschiebungen ergeben, deren bedeutsamste der Austritt der demokratischen Partei aus der Regierungskoalition und der Verzicht des Handelsministers Hamm auf sein Portefeuille ist. Ganz abgesehen davon, wie sich der scharfe Gegensatz zwischen Bayern und dem Reich zur Stunde entwickeln wird, ist durch den Austritt der Demokraten die Frage offen gelassen, ob man die dadurch leer gewordenen Sessel durch die Bayrische Mittelpartei besetzen soll, deren Aufnahme in die Regierung nicht ohne Bedenken für die Zukunft des Verhältnisses zwischen Reich und Bayern sein würde. Hat doch die Bayerische Mittelpartei sich bisher sogar in Oppositionsstellung gegenüber der rein bürgerlichen Regierung Lerchenfeld befunden und wird auch in Zukunft keine Gewähr dafür bieten, daß die bayerische Frage irgend wann einmal auf friedlichem Wege, oder, wie sich ein prominenter Politiker kürzlich in der „Bayerischen Staatszeitung" ausgedrückt hat, auf dem Wege des Kompromisses gelöst wird. Die Bayerische Mittelpartei ist die Trägerin eines Rechtsradikalismus, der in dieser Form nicht einmal im ostelbischen Preußen anzutreffen ist und zum größten Teil die Schuld daran hat, daß die sozialistische Presse Bayern heute immer noch als den Hort der schwarzen Reaktion darstellen darf. Eine derartige Lösung der Koalitionsfrage in Bayern ist das Bedenklichste, was dort geschehen kann, und von diesem Gesichtspunkte aus wird es für jeden Freund der Reichseinheit das Wünschenswerteste, wenn aus Bayern das heutige tiefe Mißverständnis in gemeinsamen Verhandlungen sobald als möglich beseitigt werden könnte. Im Reich betrachtet man die Entwicklung in Bayern nicht nur mit gespanntester Aufmerksamkeit, sondern auch mit dem Gefühl ernstester Besorgnis. Es wird davon gesprochen, den Reichstag schleunigst wieder einzuberufen, damit er als die verfassungsmäßige Volksvertretung für die eventuell zu treffende Entscheidung der Reichsregierung gegen den bayerischen Widerstand die breiteste Grundlage gibt. Im Zusammenhang hiermit sei darauf hingewiesen, daß Artikel 48 der Reichsverfassung, auf den die bayerische Regierung sich zur Begründung ihrer Sonderhaltung beruft, in seinem ersten Teil dem Reichspräsidenten das Recht gibt, ein Land, das seine ihm nach der Reichsverfassung oder den Reichsgesetzen auferlegte Pflicht nicht erfüllt, mit Waffengewalt dazu anzuhalten. Allerdings kann diese Möglichkeit in weiter Frist nicht ernstlich in Frage kommen. Es verdient aber festgehalten zu werden, daß durch die Annahme aller der von Bayern inkriminierten Gesetze durch den Reichsrat und den Reichstag diese Gesetze auch für Bayern trotz seines durch seine Körperschaften erhobenen Widerspruchs verbindlich geworden sind, und daß es daher eine unzeuere Verantwortung auf seine Schultern laden würde, wenn es alle Wege, auf denen die Konflikte friedlich und verfassungsmäßig zu beseitigen wären, außer Acht und sich zum offenen Widerstand gegen das Reich verleiten ließe.

Besonders beachtet zu werden verdient der ablehnende Beschluß der Deutschen Volkspartei in Bayern, der am Samstag vom Landesvorstand der Partei unter Beisein des Landesvorsitzenden und Reichstagsabgeordneten General a. D. Schoch gefaßt wurde. In dieser Entschließung wird zuerst die Entschlossenheit der Partei betont, an der Reichseinheit festzuhalten, im Interesse des Wiederaufbaus den Streit um die Staatsform zurückzustellen, gleichzeitig aber auch den Weg der Neuschaffung einer Monarchie auf verfassungsmäßigem Wege zu beschreiten. Sodann wird in scharfer Form die Ausnahmegesetzgebung zum Schutze der Republik, die durch den Mord an Rathenau nur äußerlich veranlaßt, aber offenbar schon längst geplant gewesen sei, als vorbereitete Tendenzgesetzgebung erklärt. Als geradezu unerträglich wird der Eingriff in die Justiz- und Polizeihoheit bezeichnet und daher der Kampf der bayerischen Regierung gegen die zentralisierende und politisierende und damit das Reich gefährdende Berliner Polizeipolitik rücksichtslos gebilligt. Es ist dies die erste Stimme aus dem Reich, die sich in scharfen Gegensatz zur Haltung der Fraktionsmehrheit der Deutschen Volkspartei im Reichstag stellt. Wir haben seinerzeit schon darauf hingewiesen, daß ein Teil der Fraktion sich bei der Abstimmung über das Schutzgesetz der Stimme enthalten hat, weil ihm die Bestimmungen über den Staatsgerichtshof völlig undiskutabel erschien. Dieser Teil der Fraktion will nun, da sich in seinen Reihen auch bayerische Abgeordnete der Partei befinden, voreilig aus diesen Beschlüssen in der Volkspartei einen nun bis zum äußersten führenden Gegensatz zwischen ihnen und der Parteileitung in Berlin konstruieren. Schließlich muß es auch innerhalb einer Partei den Parteigenossen unbenommen bleiben, ihre Meinungen zu verfechten, auch wenn sie im strikten Gegensatz zu der Parteileitung stehen. Hier aber geht es doch schließlich um etwas Anderes und Bedeutenderes. Wie die Volkspartei, die sich die Partei der Reichseinheit genannt hat, so müßten auch die bayrischen Angehörigen der Partei die überaus prekäre Lage der Republik nach dem Rathenau-Mord und die nach der Einbringung der Schutzgesetze eingetretene offensichtliche Gefährdung gerade dieser Reichseinheit doch so zu würdigen wissen, daß sie alle stämmischen

Sonderinteressen aus vielleicht zu großer Empfindsamkeit für den Augenblick ausschalten und von diesem höheren Gesichtspunkte der Reichseinheit eine Politik gutheißen müssen, die nur auf ihre Wahrung und auf die Schaffung einer stabilen Grundlage für die Wiedergenesung Deutschlands hinzielt. Daher weist auch „Die Zeit", das Organ Dr. Stresemanns, mit voller Berechtigung daraufhin, daß man bei der Volkspartei nicht die Würdigung des Umstandes außer Acht lassen darf, daß der Gesetzentwurf eine wesentliche Veränderung gerade durch die Mitwirkung der Deutschen Volkspartei erfahren hat. Das Gesetz hat nicht mehr den Charakter eines Ausnahmegesetzes. Es sind Garantien gegen die Willkür geschaffen worden, namentlich in Bezug auf Versammlungen und Presseäußerungen, die dem Zustande der Notverordnung gegenüber eine offensichtliche Verbesserung bedeuten. Wir müssen, wollen wir nicht politisch wieder eine gewaltige Zeitspanne zurückgeworfen werden, eine Klärung dieser Frage herbeiführen. Es dient wahrlich nicht der Festigung unserer Verhältnisse zur Außenwelt, wenn wir uns im eigenen Hause in den Haaren liegen. Ob eine Hoffnung auf eine gütliche Beilegung des Konfliktes besteht, läßt sich zur Stunde noch nicht übersehen. Nach allem aber, was wir bis jetzt von der Einsicht der Regierung Lerchenfeld wissen, ist doch noch zu hoffen, daß auch diesmal die Vernunft und die Erkenntnis über die augenblicklichen Temperamentwallungen siegen und uns endlich einmal einer inneren Ruhe froh werden lassen, deren wir heute mehr denn je benötigen, da jenseits der Grenze man über unser künftiges Schicksal noch lange nicht einig ist.

Gesetzesänderungen im Landtag.

Grundbuch- und Notariatswesen. — Kostengesetz.

Der Badische Landtag fand sich heute Vormittag frühzeitig zu seinen Beratungen zusammen; nach dem üblichen akademischen Viertel eröffnete Präsident Wittemann die Sitzung. Der ursprünglichen Tagesordnung hatte er noch ein anständiges Stück angehängt, die von vornherein die Annahme berechtigte, daß sie in der Vormittagssitzung nicht vollständig wird erledigt werden können. Die Eingänge verursachten keinen längeren Zeitverbrauch und so konnte das Haus sehr bald mit den vorgesehenen Arbeiten beginnen. Das Plenum wünschte bei der Erledigung des Gesetzentwurfes über die Aenderungen im Grundbuch- und Notariatswesen — Grundbuchausführungsgesetz, Rechtspolizeigesetz und Gesetz über die wandelbaren Bezüge der Notare nach der äußerst gewissenhaften Behandlung der Materie im Ausschuß für Rechtspflege und Verwaltung keine allgemeine Beratung. In der Einzelberatung gab es einige Auseinandersetzungen unter Juristen, namentlich über die Gutachtertätigkeit der Notare, über Gebühren u. a. Schließlich wurde der Entwurf in der Fassung des Ausschusses in beiden Lesungen mit allen Stimmen, bei zwei Enthaltungen, angenommen.

Dann folgte die Beratung des Entwurfes über die Aenderung des badischen Kostengesetzes vom 21. Mai 1920, die durch das Mißverhältnis zwischen dem gesunkenen Geldwert und den in diesem Gesetz festgelegten Entgelten für die Tätigkeit der auf dem Gebiete der freiwilligen Gerichtsbarkeit tätigen Staats- und Gemeindebeamten bedingt ist. Neben einer Reihe von Einzeländerungen, die sich im Laufe der Jahre als wünschenswert gezeigt hatten, brachte das Gesetz vom 21. Mai 1920 Zuschläge von 100 Prozent, 150 Prozent und 200 Prozent zu den Gebührenreihen von A, B und C. Die fortschreitende Geldentwertung und die andauernde Steigerung des persönlichen und sachlichen Aufwandes lassen an sich eine weitere Erhöhung der Gebühren dringend wünschenswert erscheinen. Andere Länder erheben weiter Zuschläge zu den Gebühren oder erlassen neue Kostengesetze. Die Regierung schlug nun der Volksvertretung eine Erhöhung der Gebühren um 100 Proz. vor, soweit sie bisher nur um 100 Proz. erhöht waren, und eine Erhöhung verschiedener Mindestgebühren. Ferner will die Regierung verschiedene Härten, die das obige Gesetz gebracht hat, beseitigen. Der Wegfall der Höchstgebührensätze hat sich nicht durchweg als zweckmäßig erwiesen. Bei der Erhöhung der Gebühren muß auf die Leistungsfähigkeit der schwächeren Kostenschuldner Rücksicht genommen werden. Auf die schonungsbedürftigen Mündelvermögen wird dadurch Rücksicht genommen werden, daß Vermögen unter 30 000 ℳ vom Zuschlag frei bleiben, weiter dadurch, daß die Freigrenze für die Nichterhebung von Gebühren von 1000 auf 5000 ℳ hinaufgeschoben werden soll. Um den Wohnungsbau zu fördern, soll die Gebührenfreiheit der Baugesellschaften erweitert und auch sonstigen, mit dem Bau von Kleinwohnungen für Minderbemittelte befaßten Personenvereinigungen gewährt werden. Gleichzeitig mit der Erhöhung der Gebühren des Kostengesetzes soll auch den Vorstellungen der Schätzer und Ortsrichter um Erhöhung ihrer Bezüge Rechnung getragen werden. Durch die Erhöhung des allgemeinen Zuschlages, von 100 auf 200 Proz. würde der Wunsch der Grundstückschätzer erfüllt werden. Den Wünschen der Ortsrichter, Gemeindebeamten und ständigen Schätzer, die bei der Versteigerung oder Schätzung beweglicher Sachen tätig werden, soll auf andere Weise entsprochen werden. Um nicht immer wieder bei den sich ständig ändernden Verhältnissen den Weg der Gesetzesänderung beschreiten zu müssen, schlägt die Regierung vor, das Justizministerium zu ermächtigen, die Gebühren entsprechend den wirtschaftlichen Verhältnissen einstweilen durch Verordnung zu regeln. Der Ausschuß für Rechtspflege und Verwaltung beriet den Entwurf, der dem Landtag am 31. Mai l. J. von der Regierung unterbreitet worden war, eingehend und schloß sich ihm im wesentlichen an. Immerhin schlug er dem Plenum eine ganze Anzahl von Aenderungen vor, auf die im einzelnen einzugehen uns der knappe Raum leider verbietet. Mitberaten mit dem Entwurf wurde auch der von uns wiederholt erwähnte einschlägige Antrag des Badischen Städteverbandes, den der Ausschuß als durch die heutige Beschlußfassung erledigt zu erklären beantragte. Auch bei dieser Novelle verzichtete die Vollversammlung auf eine allgemeine Beratung und ebenso auf eine Einzelberatung und nahm dann den Entwurf in der ihm vom Ausschuß gegebenen Form in erster und zweiter Lesung einstimmig an.

Zum erstenmale seit der Beendigung des Krieges übte der Landtag sein Kontrollrecht über die Art der Erledigung seiner Anträge und Wünsche durch die Regierung wieder in öffentlicher Sitzung aus. Bis zum Ausbuch des Krieges ließ das Kabinett diese Nachweisungen fein säuberlich drucken und den Volksboten überreichen, die dann in wochenlanger Debatte dazu Stellung nahmen und nicht selten ihrer Unzufriedenheit über die ministeriellen Maßnahmen durch Einreichung neuer Anträge Ausdruck gaben. Anders nach dem Kriege! Die hohen Druckkosten gestatten dem badischen Staate die Drucklegung nicht mehr; nur noch die Titel der Anträge wurden den Abgeordneten heute in schreibmaschinenschriftlich hergestellten Abzügen an die Hand gegeben. Ueberigens ist gegenüber dem letzten Jahre ein kleiner Fortschritt festzustellen: damals lagen die Nachweisungen im Archivariat zur Einsicht auf, wer davon Kenntnis nehmen wollte, konnte es tun. Diesmal aber hatte sich der Geschäftsordnungsausschuß eingehend mit den einzelnen Anträgen beschäftigt und den deutschnationalen Abgeordneten D. Mayer-Karlsruhe mit der Berichterstattung beauftragt. Vom Finanzministerium lag die Nachweisung über 20, vom Ministerium des Innern über 17, vom Justizministerium über 1, vom Ministerium des Kultus und Unterrichts über 9 und vom Arbeitsministerium über 8 Anträge und Wünsche vor. Manchen Volksboten interessierte anscheinend die Materie nicht und er besprach lieber mit Kollegen andere Dinge. Schließlich wurde das Gesumme im Saale so groß, daß sich der Präsident veranlaßt sah, die Abgeordneten zu größerer Aufmerksamkeit zu ermuntern, da es sich hier um eines ihrer höchsten Rechte, um ihr Kontrollrecht, handle. Nach dieser sanften Mahnung herrschten Ruhe und Aufmerksamkeit. Fünfundfünfzigmal wiederholte der Präsident den inhaltsschweren Satz: „Es meldet sich niemand zu Wort; das Haus ist mit den Maßnahmen der Regierung (oder mit der Art der Erledigung durch die Regierung) einverstanden; ich stelle das fest", und auf Antrag des Geschäftsordnungsausschusses erklärte der Landtag einstimmig, daß er von der Nachweisung der Regierung Kenntnis genommen hat und diese Angelegenheit dadurch erledigt ist. Wier hier so ging es auch bei der Nachweisung über die Erledigung der der Regierung vom Landtag 1920/21 überwiesenen Gesuche; es waren deren 68. Der Landtag bekundete einstimmig sein Einverständnis. Hierauf wurde der schon früher beratene Antrag des Haushaltsausschusses über die Reichsbauämter und die Uebertragung von deren Geschäften auf die badischen Bezirksbauämter einstimmig angenommen; ebenso der Antrag des Ausschusses für Rechtspflege und Verwaltung, den Antrag „Ziegelmaier-Oberkirch" über die Abänderung des Bürgerrechtsgesetzes der Regierung als Material zu überweisen. Vor Beginn der Mittagspause wurde dann noch das Gesuch des B. Wohlschlegel u. A. in Meißenheim um Rechtshilfe beraten. Es handelt sich um die Aufhebung von Strafen wegen Vergehen gegen die Verordnungen über den Verkehr mit Tabak. Die Landbundfraktion beantragte empfehlende Ueberweisung des Gesuches an die Regierung, während der Ausschuß für Rechtspflege und Verwaltung dem Plenum Erledigung durch Uebergang zur Tagesordnung vorschlug. Fischer-Meißenheim nahm sich seiner Mitbürger teilnahmsvoll an, allein ohne Erfolg, denn der Landtag lehnte in seiner Mehrheit den Landbundantrag ab und nahm den Ausschußantrag auf Uebergang zur Tagesordnung an. Nun vertagte Präsident Wittemann die Sitzung bis nachmittags 5 Uhr unter abermaliger Vorschuhung der Tagesordnung; es wird mit der Beratung des Nachtrages zum Staatsvoranschlag begonnen.

*

= **Mannheim**, 24. Juli **Unfall mit Todesfolge.** Am Samstag nachmittag blieb der 65 Jahre alte verheiratete Former Johann Lieblang an der Haltestelle der Straßenbahn, Station Luzenberg, beim Absteigen vom Straßenbahnwagen anscheinend mit einem Stiefelabsatz am Trittbrett hängen, kam zu Fall und zog sich dabei einen Schädelbruch zu, an dessen Folgen der Verunglückte, ohne das Bewußtsein wieder erlangt zu haben, gestern im Allgemeinen Krankenhaus starb.

= **Mannheim**, 25. Juli. Ein 12jähriges Mädchen goß in der Küche der elterlichen Wohnung Petroleum in das Herdfeuer und erlitt lebensgefährliche Brandwunden.

= **Rastatt**, 23. Juli. **Die Fohlenweide**, die im letzten Jahre durch ein schweres Brandunglück betroffen wurde, bei dem wertvolle Pferde und Gebäude zugrunde gingen, wird am Dienstag wieder eröffnet. Das wichtige Unternehmen bleibt der mittelbadischen Pferdezuchtgenossenschaft völlig erhalten.

= **Böhrenbach**, 24. Juli. **Ertrunken** ist am Samstag abend das 1½ Jahre alte Kind des Dachdeckers Paul Kienzler. Die Kleine ist, anscheinend in Abwesenheit der Eltern, aus dem Bettchen aufgestanden und in den am Hause vorbeifließenden Gewerbekanal gefallen. Erst nachdem das Kind etwa 600 Meter mitgerissen war, wurde es von Herrn Hermann Dietlinger bemerkt, der alsbald sofort in den Kanal sprang und das Kind ans Trockene beförderte. Alle unternommenen Wiederbelebungsversuche blieben jedoch erfolglos. — Ueberfahren wurde am Samstag nachmittag von dem, dem Linacher Kraftwerk zugehörigen Auto der Bäckerlehrling Curt Götz Die Verletzungen am Kopfe sind erheblich, aber nicht lebensgefährlich.

Aus der Landeshauptstadt.

Karlsruhe, 25. Juli 1922.

Gastwirtsfragen.

Der Wirteverein Karlsruhe und Umgebung hielt am Montag in Karlsruhe eine außerordentliche Mitgliederversammlung ab, durch deren Tagesordnung zwei augenblicklich für das Gastwirtsgewerbe äußerst wichtige Fragen zur Beschlußfassung gelangten. Zur Bierpreiserhöhung gab der Vorsitzende Reichert einen kurzen und umfassenden Bericht über die in dieser Frage mit den Gewerkschaften, den Konsumentenvertretern und den Brauereien geführten Verhandlungen. Diese Verhandlungen, die ein völliges Verständnis auf Seiten der Verbraucher für die schwierige Lage des Wirtsgewerbes zeitigten, geben — und das ist bei den Verhandlungen mit den Brauereien von äußerster Wichtigkeit — die Gewißheit, daß die Einigkeit der Gastwirte untereinander nicht durch eine falsche Furcht vor den Vorwürfen der Verbraucher gestört wird. Auf Grund der Bierpreiserhöhung beträgt jetzt der Ausschankpreis für ein Dreizehntelliterglas Lagerbier 6.50 ℳ, für Exportbier 7.50 ℳ. Die Einkaufspreise betragen 1200 bezw. 1400 Mark. Die neuen Preise treten am Mittwoch früh in Kraft. In der Diskussion wurde u. a. betont, daß der Wirt es als billig verlangen könne, daß er mit dem gleichen Rechte, wie die Brauereien, die Preise selbst mache, wenn, wie es jetzt geschehen sei, dies in selbstverständlicher Rücksichtnahme auf die Verbraucherinteressen geschieht. Bezüglich der Flaschenbierpreise soll der Preis beim Verkauf über die Straße 13 ℳ, beim Verkauf in der Wirtschaft 15 ℳ betragen. Die ganze Bierpreiserhöhung wurde von der Versammlung einstimmig gutgeheißen.

Sodann nahm die Versammlung Stellung zu den neuen Lohnforderungen der Gastwirts-Angestellten, und informierte sich hierbei aus dem Bericht des Herrn Reichert über die Kommissionsberatungen. Durch Schiedsspruch des Schlichtungsausschusses vom 9. Mai 1922 waren mit der Bestätigung des Landeskommissärs, rückwirkend ab 1. April 1922, die Einkommen sowohl des früher Trinkgeld empfangenden Personals, als auch des festbesoldeten Personals festgelegt worden. Die neuen Lohnforderungen haben bereits ihren Weg vom Schlichtungsausschuß zurückgefunden und waren Gegenstand eingehender Kommissionsberatungen. Der Schiedsspruch sieht nun für die 1. Klasse des Personals eine durchschnittlich 100prozentige Erhöhung der Garantiesätze vor. Das wurde als mit den Interessen des Wirtsgewerbes nicht vereinbar und als vonseiten der Angestellten unberechtigt abgelehnt. Dagegen ist die Kommission bei der Behandlung des festbesoldeten Personals der Ansicht, daß ein Entgegenkommen und eine Besserstellung eine soziale und wirtschaftliche Notwendigkeit ist. Sie trägt dem Rechnung, in dem sie die Sätze vom 9. Mai um durchschnittlich 80 Prozent (teilweise sogar mehr) erhöht. Die durch den Schiedsspruch bekannt gegebenen Sätze sind jedoch (sie bedeuten eine 120prozentige Erhöhung) für die Gastwirte unannehmbar. Die Versammlung stellt sich ohne wesentliche Debatte einmütig auf den Standpunkt der Kommission. Angeregt wird noch, daß allgemein der Prozentsatz auf Speisen und Getränke von 5 Prozent nicht überschritten wird.

Von nicht geringer Bedeutung dürfte der Standpunkt der Versammlung sein, der sich im Laufe der Beratung über die Gehaltsfrage entwickelte. Der Schiedsspruch des Schlichtungsausschusses ist nach Ansicht der Wirte zu ihren Ungunsten ausgefallen. Die 80prozentige Lohnerhöhung ist das Angebot des Gastwirteverbandes und mit diesem Angebot geht nunmehr die Erledigung der Streitfrage an den Landeskommissär. Sollte nun hier etwa der Schiedsspruch in der für die Wirte unannehmbaren Form bestätigt werden, so werden, das kam in der Stimmung der Versammlung einmütig zum Ausdruck, die Wirte als letztes Mittel den Gastwirtsstreik proklamieren. Man darf also die weiteren Verhandlungen in dieser Frage mit gutem Interesse verfolgen.

*

— **Vom Staatstechnikum.** Professor Eugen Beck ist von der Lehrerschaft zum Direktor des Staatstechnikums für die Schuljahre 1922/23 und 1923/24 gewählt worden. Das Ministerium des Kultus und Unterrichts hat die Wahl bestätigt und Professor Beck für die beiden folgenden Schuljahre zum Direktor ernannt.

Keine Verschärfung des Lichtspielgesetzes. Nach einem Beschluß des Reichstags wird im Reichsministerium des Innern zur Zeit das Lichtspielgesetz nachgeprüft. Die Vorarbeiten haben noch nicht zur Aufstellung eines neuen Entwurfs geführt. Mitteilungen über angebliche Absichten der beteiligten Behörden, die Zensur zu verschärfen entbehren, nach einer Mitteilung der Telegraphen-Union, jeder Grundlage.

Wetternachrichtendienst der bad. Landeswetterwarte in Karlsruhe

Allgemeine Witterungsübersicht. Auf der Rückseite des nach Osteuropa abziehenden Tiefdruckgebietes gingen gestern in Süddeutschland noch vielfach starke Regenfälle nieder. Heute haben die Niederschläge nachgelassen und die Bewölkung nimmt langsam ab, da von der Biskayasee ein kräftiges Hochdruckgebiet vorstößt, das für die nächste Zeit meist heiteres, trockenes Wetter bringen wird. — Es ist jedoch unwahrscheinlich, daß die Besserung der Witterung von Bestand ist, da südwestlich von Island ein neues Tiefdruckgebiet vordringt.

Wetteraussichten für Mittwoch den 26. Juli 1922: Vorübergehende Besserung, teilweise heiter, trocken, etwas wärmer, nördliche Winde.

Wasserstand des Rheins:

Schusterinsel, 25. Juli, morg. 6 Uhr, 287 Ztm. (gest. 12 Ztm.).
Kehl, 25. Juli, morg. 6 Uhr, 359 Ztm.
Maxau, 25. Juli, morg. 6 Uhr, 554 Ztm. (ges. 4 Ztm.).
Mannheim, 25. Juli, morg. 6 Uhr, 472 Ztm. (ges. 7 Ztm.).

Certan
vernichtet Wanzen tötet Ungeziefer bei Haustieren.
Erhältl. i. Apotheken, Drogerien usw.

Das künstlerisch veranlagte Kindermädchen.

Von Fedor v. Zobeltitz.

Die nachfolgende erzählte Geschichte ist weiß Gott passiert, und zwar in einer Stadt am Rhein. Ebenda hatte die Familie eines Professors ein neues Kindermädchen für ihr zweijähriges Söhnchen in Dienst genommen. Man war recht zufrieden mit ihr, Minna hatte eigentlich nur den einen Fehler, daß sie ihrer Leidenschaft für das Lichtspieltheater gar zu willig nachgab. Wenn sie den Jungen zu Bett gebracht und ihr Abendbrot verzehrt hatte, verschwand sie auf zwei Stunden. Dann ging sie ins Kino. Der Professor, ein Germanist, war aus allgemein erzieherischen Gründen dagegen, die Professorin aber sah über die abendlichen Ausflüge Minnas hinweg, weil sie sonst wirklich nicht viel an ihr auszusetzen hatte. Sie war fleißig, sauber und ehrlich. So eine Perle hält man heutzutage fest.

Nur einmal machte die hübsche, nette Minna eine Dummheit. Da hatte sie beim Spaziergang auf ihren kleinen Zögling nicht genügend aufgepaßt: sie brachte ihn pitschenaß nach Hause, obschon es gar nicht regnete. Sie hatte sich, so erzählte sie kummervoll, im Stadtwäldchen auf eine Bank gesetzt und den Jungen spielen lassen. Da war er dem Schwanenteich zu nahe gekommen und in das Wasser geplumpst. Es war schließlich nicht gefährlich. Der Junge wurde gleich ins Bett gesteckt und mußte schwitzen. Nicht einmal ein Schnupfen blieb von dem Bade zurück.

Nun kam geraume Zeit später ein Nachmittag, an dem das professorliche Ehepaar bei einem Kollegen von der Universität zum Tee gewesen war. Auf dem Nachhausewege ging man an einem Kino vorüber, an dem ein buntes Plakat mit einer schreienden Szene eine Neuheit ankündigte. Es tut nichts, daß ich den Titel vergessen habe, es war ein Drama in fünf Abteilungen, und auf dem Plakat stand, es sei die größte Sensation Europas. Da lüstete es den Professor, einmal in die Niederungen dieser Literatur zu steigen, und seine Frau hatte nichts dawider. Sie erstanden ein paar Parkettplätze und traten ein.

Die Geschichte hatte bereits begonnen, und trotz aller Verstandesschärfe wurde der Professor nicht klug daraus, um was es sich eigentlich handelte. Die Tragödie spielte auf einem Schlosse in sehr anständigem Rahmen und dann auch wieder in recht gewöhnlichen Kreisen, und es schien so, als drehe das Ganze sich um einen Erben, den man aus reiner Niedertracht wie aus aus schnöder Gewinnsucht um seine Erbschaft zu bringen gedachte. Der Professor wollte schon wieder gehen, weil ihm seine Zeit am Arbeitstische lieber war, als das Studium dieses Kriminalfalls, doch da wechselte das Bild auf der Leinwand, man sah eine anmutige Gegend am Ufer eines Sees, und auf dem Wasser einen Kahn mit einem jungen Weibe, ein Kind auf dem Arm, und mit einem Mann in sichtlich besserer Kleidung. Es war jedenfalls der Graf des Programmzettels, und das Weib war seine Geliebte, die er treulos verlassen hatte, wie es im Leben und im Lichtspiel häufiger vorkommt. Mann und Weib stritten heftig miteinander, und plötzlich hob das Weib mit entsetzlicher Gebärde das Kind hoch empor und schleuderte es in die nichtsahnenden Fluten.

In diesem Augenblick feinster psychologischer Spannung vernahm man deutlich einen Aufschrei im Parkett. Es war dies indessen nicht der tiefgehenden Wirkung jener dramatischen Szene zuzuschreiben — die Frau Professorin hatte vielmehr den Schrei ausgestoßen, weil sie in dem Weibe das Lichtbild ihrer Minna und in dem Kinde ihr eigenes Söhnchen erkannt hatte! Das Ehepaar stürmte nach Hause, ohne den Schluß des Dramas abzuwarten, das sich daheim in gänzlich veränderter Fassung fortsetzte. Minna wurde einem scharfen Verhör unterworfen. Der Professor wurde zum Torquemada, seine geistigen Daumschrauben griffen zu. Da brach denn Minna zusammen und gestand.

Sie gestand: ein Kinoregisseur war zugleich ihr Freund, Berater und Lehrer. Er hatte ihr Talent entdeckt und bereitete sie in den Abendstunden für die weltbedeutende Leinwand vor. Die Szene mit dem Kinde war ihr Debüt gewesen, und mit glücklicher Erfindergabe hatte sie das Wasserbad des kleinen Fritz den Eltern gegenüber als eine Laune des Zufalls zu schildern verstanden. Doch die elektrische Sonne brachte es an den Tag. Ihre Hoffnung, daß die Herrschaft in ihrer germanistischen Abneigung gegen das Filmdrama niemals ein Kino besuchen würde, war zum Fehlschlag geworden — sie hatte die Folgen ihrer Untat wohl überhaupt nicht bedacht: das Spiel reizte sie und der hohe Lohn. Für sechs Minuten Darstellung das Vierteljahrsgehalt eines Kindermädchens — das kann schon die Treue ins Wanken bringen.

Ich kenne das letzte Ende der aufregenden Geschehnisse nicht. Aber ich nehme an, Minna wird das Haus des Gelehrten verlassen haben, um den bisherigen Nebenberuf in einen Lebensberuf zu verwandeln. Und da die hier wiedererzählte Wasserpantomime sich schon vor zwei Jahren abspielte, so ist es gar nicht unmöglich, daß Minna heute bereits eine bedeutende Filmdiva geworden ist — vielleicht als Minona Miana oder sonst unter einem schön klingenden Namen. Denn immerhin: warum soll nicht ein Kindermädchen sich zu einer Filmgröße auswachsen, wenn aus einem ehemaligen Kutscher ein Theodor Wachtel, ein berühmter Tenor, werden konnte? —

Literatur, Kunst und Wissenschaft.

Der Mann mit den geliehenen Rippen. Die Stadt Breslau beherbergt einen Mann, der im wahrsten Sinne des Wortes einen Schatz in seinem Busen trägt. Der heute Vierundzwanzigjährige war, so läßt sich die „Berliner Zeitung am Mittag" berichten, im Jahre 1907 als Schlossergeselle gelegentlich einer Arbeit auf dem Dache eines Hauses von einem Windstoß in die Tiefe geschleudert worden. Mit schweren und scheinbar tödlichen Verletzungen wurde er nach der Klinik gebracht, wo die Aerzte einen Bruch des Schädels und eine Zertrümmerung fast des gesamten Brustkorbs — nur eine Rippe war ganz geblieben — feststellten. Bei sorgsamster Pflege und Bewachung, und ohne auch die geringste Bewegung ausführen zu dürfen, verbrachte der Mann nicht weniger als 4½ Jahre in der Heilanstalt. Dann beschlossen die Aerzte einen Versuch zu machen, ihn der Arbeit wiederzugeben. Er wurde in die chirurgische Klinik gebracht, wo nunmehr damit begonnen wurde, sein Knochengerüst zu ergänzen, und zu ersetzen. In den Schädel wurde eine Metallplatte eingesetzt und der Brustkorb durch goldene Rippen ergänzt, die den edleren Weichteilen die notwendige Stütze boten. Nach 2½ Jahren konnte der Mann die Klinik verlassen. Seit jener Zeit ist er wieder beruflich in einer Zigarettenfabrik tätig. Für die Wiederherstellung des verunglückten Schlossergehilfen waren seinerzeit von der Berufsgenossenschaft Beträge bereitgestellt worden, die auch für die damalige Zeit erheblich genannt werden mußten. Den größten Aufwand beanspruchte die Beschaffung des für die Rekonstruktion seines Brustkorbes erforderlichen Edelmetalls, vornehmlich des Platins und des Goldes. Und die Angehörigen des Patienten mußten einen Revers unterzeichnen, wonach sie sich damit einverstanden erklärten, daß die Werte nur leihweise überlassen wurden und nach dem Tode des Mannes wieder Eigentum der Berufsgenossenschaft würden. Bei der heutigen Wertsteigerung des Platins und des Goldes trägt der Mann mit den goldenen Rippen heute buchstäblich ein riesiges Vermögen in seiner Brust, nach dem in einer Zeit der entfesselten Habgier sich möglicherweise verbrecherische Hände ausstrecken könnten. Es ist daher begreiflich, daß er ein Gegenstand besonderer Bewachung ist.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Bekanntmachung.

Ich berufe die Mitglieder des Bürgerausschusses zu einer öffentlichen Versammlung auf
Dienstag, den 1. August ds. Js., nachm. 4 Uhr
in den großen Rathaussaal.

Tagesordnung.

1. Ruhelohnordnung für die städt. Arbeiter (114).
2. Erlassung einer Gemeindesatzung über die Zusammensetzung des Stadtrats (118).
3. Erhöhung des Kredits für die Erschließung des Geländes bei dem Anwesen der Maschinenbaugesellschaft Karlsruhe zu Industriezwecken (115).
4. Fremdensteuer (117).
5. Verkauf des Grundstücks Lgb.-Nr. 4226 an die Brauerei-Gesellschaft vormals S. Moninger, hier (116).
6. Anträge des Stadtverordnetenvorstandes gemäß § 56 der Gemeindeordnung. 10388

Karlsruhe, den 24. Juli 1922.

Der Oberbürgermeister.

Michael Leitz, Steuerbote in Mannheim, Langstraße 34, hat beantragt, die verschollene, am 4. Oktober 1857 in Mannheim geborene Karoline Philippine Margarete Klein, zuletzt wohnhaft in Karlsruhe, Leopoldstraße 4, für tot zu erklären.

Die bezeichnete Verschollene wird aufgefordert, sich spätestens in dem auf:

Donnerstag, den 8. Februar 1923, vorm. 11 Uhr

vor dem Bad. Amtsgericht, Abt. B I Karlsruhe, Akademiestr. 2, 1. Stock, Zimmer Nr. 28, anberaumten Aufgebotstermine zu melden, widrigenfalls die Todeserklärung erfolgen wird.

An Alle, welche Auskunft über Leben oder Tod der Verschollenen zu erteilen vermögen, ergeht die Aufforderung, spätestens im Aufgebotstermine dem Gericht Anzeige zu machen. 10397

Karlsruhe, den 18. Juli 1922.

Gerichtsschreiberei Badischen Amtsgerichts B. I.

Amtliche Bekanntmachungen.

Die Gebührenordnung für die Kaminfeger betr.

Der durch ortspolizeiliche Vorschrift für die Stadt Karlsruhe vom 7. März 1922 festgesetzte Teuerungszuschlag von 300 Proz. zu den Grundgebühren der Kaminfeger wird mit Wirkung vom 1. Mai ds. Js. auf 600 Prozent, vom 1. Juli auf 700 Prozent und vom 1. August ds. Js. ab auf 1300 Prozent erhöht.

Die letztere Festsetzung gilt für die Dauer von drei Monaten vorbehaltlich früherer anderweitiger Regelung. 10387

Karlsruhe, den 24. Juli 1922.

Bezirksamt III. O.-Z. 101.

Maul- und Klauenseuche betr.

Nachdem im Gehöft des Valentin Horzel in Grünwinkel, Durmersheimerstraße 194, Gemarkung Daxlanden, die Maul- und Klauenseuche ausgebrochen ist, werden folgende Anordnungen getroffen.

A. Sperrbezirk.

Das verseuchte Gehöft bildet einen Sperrbezirk i. S. der §§ 161 ff. der Ausführungsvorschriften des Bundesrats zum Reichsviehseuchengesetz.

B. Beobachtungsgebiet.

Um den Sperrbezirk (A) wird ein Beobachtungsgebiet im Sinne der §§ 165 ff. der Ausführungsvorschriften zum Reichsviehseuchengesetz bestehend aus dem Stadtteil Grünwinkel mit den an der Durmersheimerstraße auf Gemarkung Daxlanden gelegenen Gehöften gebildet. 10386

Karlsruhe, den 21. Juli 1922. O.-Z. 100.

Bad. Bezirksamt — Polizeidirektion B.

Freiwillige Versteigerung.

Am **Samstag, den 29. Juli 1922, nachm. 3 Uhr** kommen in Ludwigshafen (Bodensee) verschiedene Installations-Materialien, Pumpen, Rippen-Heizröhren, Kessel, 6 PS. Benzinmotor, Motorrad, Schloßschrauben- und Fittings-Lager, Armaturen, Küchenmöbelbeschläge, sowie ein Langholz-Lastauto, 5 To., mit Anhänger, ein neues Hochbuschnellvollgatter u. eine Dampfmaschine, 150 PS. mit Batteriekessel, 120 qm, nebst 50 qm Ueberhitzer und 10 Elektromotore, Gas-, Mannesmann- und Bohrröhren und Installations-Werkzeug, zur Versteigerung. Zwischenverkauf vorbehalten. Zuschlag erfolgt gegen Barzahlung.

Union, 2739a

Ludwigshafen (Bodensee), Kr. Konstanz.

Hellmuth

Die glückliche Geburt eines gesunden Jungen zeigen in dankbarer Freude an.

Dr. Franz Herbert
Sek.-Arzt am neuen Vinzentiushaus
und Frau.

Karlsruhe, 22. Juni 1922. B28146

EINE halbe Million Mark werfen wir aus für Ihre diesjährige Erholungsreise, wenn Sie **Mk. 50.— für Ihre Reisegepäck-Versicherung** bei uns anlegen. Ihr Gepäck ist alsdann für 10,000 Mk. versichert für die Zeitdauer von vollen vier Wochen. 2748a
„Kompass“, Transport- u. Rückversicherungs-Aktiengesellschaft, **Mannheim.**
Policen sofort erhältlich bei **Leo Weber,** (Gebo-Seifenhaus), **Karlsruhe, Kaiserstr. 36a.**

Beteiligungen.

Hypotheken zu günstigen Bedingungen
— Bilanzen — Revisionen —
3792 Steuerberatung.

Karlsruher Treuhand Kaiserstr. 201
G. m. b. H. Telefon 1568.

Tätiger, od. stiller Teilhaber gesucht!

Zur Aufnahme eines neuen Fabrikationszweiges in der Papierverarbeitungsbranche suche ich einen Teilhaber mit einer Einlage von Mark 100—200000.— Offerten unter Nr. 10390 an die Expedition der „Badischen Presse“.

Zwangs-Versteigerung.

Mittwoch, den 26. Juli ds. Js., nachmitt. 2 Uhr werde ich in Karlsruhe, im Pfandlokal, Steinstr. Nr. 23, gegen bare Zahlung im Vollstreckungswege öffentl. versteigern:
1 Motorfahrrad,
1000 Meter Draht.

Versteigerung d. Drahtes bestimmt.

Karlsruhe, 24. Juli 1922.
A. Haupt, Gerichtsvollz.

Versteigerung.

Freitag, den 28. Juli, 10 Uhr vorm., Kurvenstraße 19. Wirtschaftsgeschirr, Teller, Platten, Eis- u. Passiermaschine, Gläser, Krautbobel und Ständer, ferner Gas- u. elektr. Zuglampen, Kleider, Stiefel u. a. m.
Hesch, Aukt., Goethestr. 18.
10406 Telephon 2725.

Karlsruher Fußball-Verein (e. V.)

Mittwoch den 2. August, abends 8 Uhr Moninger Gartensaal

Fortsetzung d. Jahresversammlung

Tüchtige Weißnäherin
sucht Kunden f. Ausnäh. Angeb. unt. Nr. B28154 an die „Bad. Presse“.

Ausgekämmte Frauenhaare 1878
kauft z. konkurrenzlos hoh. Preisen **Osk. Decker,** Haarhandl., Kaiserstr. 32.

Deutsche Teppiche

Diwan-Decken, Bett-Vorlagen, Brücken
.... Läuferstoffe am Meter ....
in nur besten Qualitäten
empfiehlt zu billigsten Preisen

Teppich-Haus Carl Kaufmann
Karlsruhe i. B. Kaiserstr. 157, 1. Stock.
7784

American-Line.

Regelmäßige Passagier- und Frachtdampfer

Hamburg-New York-

Passagierdampfer:

Doppelschraubendampfer	**„St. Paul“**	Samstag	29. Juli
Doppelschraubendampfer	**„Mongolia“**	„	12. Aug.
Dreischraubendampfer	**„Minekahda“**	„	19. „
Doppelschraubendampfer	**„Manchuria“**	„	26. „
Doppelschraubendampfer	**„St. Paul“**	„	2. Sept.
Doppelschraubendampfer	**„Mongolia“**	„	16. „
Dreischraubendampfer	**„Minekahda“**	„	23. „

Frachtdampfer
Hamburg-Baltimore, Boston, Philadelphia usw.

Auskunft erteilen A1123

Amerikanische Verkehrs-Gesellschaft m. b. H.
Hamburg, Börsenbrücke 2
oder der konzessionierte Agent **Arthur Bähr,**
Kaiserstrasse 215, Karlsruhe.

Bad Langenschwalbach (Taunus)

Stahl- und Moorbad.

A1022

Faßfabrik Louis L. Stern & Co.
Berghausen u. Karlsruhe
Büro u. Verkauf: Karlsruhe, Westendstraße 47 offeriert zum billigsten Tagespreise: 10413

Lagerfässer
Stückfässer
Halbstücke
Transportfässer
von 20-300 Ltr., alles rund u. oval, aus Bierfaßstäben hergestellt, wie neu, in bekannt guter Qualität.

Oberrheinische Treuhand A. G.
Revisionen — Steuerberatung
Karlsruhe i. B. *Karlstrasse 13*
Telephon 2617.
9149

---

300 Mk. zahlen wir wenn nicht sofort **Ekolda Flöhe (Brut), Läuse, Wanzen** vernichtet. — Schwaben, Holzwurm, Ratten, Mäuse. Zu haben in allen Apotheken u. Drogerien. 2112a

---

Satyrin

schafft A1152

Jugend u. Kraft

Satyrin-Gold für Männer
Satyrin-Silber für Frauen

Yohimbin-Hormon Präparate

von hervorrag. Wirkung bei Neurasthenie und Nervenstörungen.
Erhältlich in Apotheken.
Stets vorrätig in Karlsruhe
Internationale Apotheke,
Kronen-Apotheke.
Herstellerin:
Akt.-Ges. Hormona,
Düsseldorf-Grafenberg.

Verlobungskarten
werden rasch und sauber angefertigt in der **Druckerei Bad. Presse.**

Heiratsgesuche

Hübsches intellig. Mädel aus gut bürgerl. Hause, eval., mittelgr., schlank, vermög. u. sehr häuslich, wünscht m. gesund., gebild. Herrn, 30-40 Jahre, große schlanke Figur, kein Mitgiftjäger und keiner der keinen persönl. Wert in Zahlen ausrechn., zwecks Gründung eines

eigenen Heims

in Verbindung zu treten. Gefl. Anschrift. u. 2752a an die „Bad. Presse“.

Zwei junge Herren in sich. Stellung wünschen mit zwei jungen, liebevollen, gut häusl. erzogenen Damen im Alter von 18—25 Jahren, bekannt zu werden, zwecks

spät. Heirat.

Strengste Diskretion Ehrensache. Selbstgeschr. Angebote mit Photogr. unt. B28116 an die Bad. Pr. 2758

Dr. 4ling Seife
Hersteller: J. Kron, München
Unerreicht in Duft und Güte!

Anzugs-Stoffe
kaufen Sie am günstigsten im
Etagengeschäft f. Stoffe
J. Chimowitz, Karlstr. 20.
Beste Einkaufsquelle für die Herren Schneider-Meister.
A1231

Beobachten

Sie die Erfolge, dann geben Sie Ihre „Kleinen Anzeigen“ nur in die „Bad. Presse“, der größten Zeitung Badens.

Kapitalien

10-15000 Mk.
auf kurze Zeit gegen Hinterlegung einer Wäsche-Ausstattung und Pelzwaren im Werte v. 200.000 Mk. und hohe Verzinsung gesucht. — Schriftl. Angebote unter B28214 an d. Bad. Presse.

Kaufgesuche

Acker
Nähe Mühlburg oder Grünwinkel zu kauf. ges. Angebote u. Nr. B28180 an die Badische Presse.

Lastwagen-Anhänger
3—4 t, zu kaufen gesucht.
G. Bampi, Tiefbau, **Freiburg i. B.** 2747a

Eßzimmer
nur aus Privathand zu kaufen gesucht. Angebote u. Nr. B28182 an die Badische Presse.

Klavier
gutes Instrument, zu kaufen gesucht. Gefl. Angebote unter Nr. B28158 an die „Badische Presse“.

Briefmarkensammlung
z. kauf. ges. Gefl. Ang. u. B28030 a. d. Bad. Presse.

Gehrockanzug
Größe 170 cm, zu kaufen gesucht. Angeb. u. 2749a an die „Bad. Presse“.

Zu verkaufen

Sofort zu verkaufen:
Kl. sehr gutgehendes
Weinrestaurant
m. Haus u. Invent. komplett sof. bes. f. 430 Mille Anz. 300 Mille. Angeb. u. B28226 an die Bad. Presse.

Geschäfts-Verkauf.
Gutgehd. Lebensmittel-Geschäft in abgeschlossenem Terrain, ohne Konkurrenz preisw. zu verkf. Wo? sagt unt. Nr. 10400 die Badische Presse.

Häuser und Geschäfte
stets zu verkaufen. 9767
Ehwein, Manshardt & Co., Adlerstr. 18. Telef. 1650.

Haus Douglasstr. 2
sofort zu verkaufen.
Näheres **G. Benzel,** Schillerstr. 24. B27916

Kisten
leere, abzugeben.
August Ernst, Georg-Friedrichstr. 22. 10410

Einige 200—250 Liter fassende, eichene 10398

Fässer
ohne Deckel für M 120.— das Stück zu verkaufen.
G. Schub, Karlsruhe, Bachstr. 40. Telefon 3494.

Hafer
von 10 Ar. ungedrosch., auf Gewicht oder auf Halm zu verkf. Angeb. unt. Nr. B28110 an die Badische Presse.

Fast neuer Trumeau
zu verkaufen. 10407
Rintheimerstr. 7, IV., l.

Orchestrion
zu verkf. Kronenstr. 10, im Schreibbüro. B28198

Kleine, gold. **Damenuhr u. sg. Fox** zu verkf. B28208 Gerwigstr. 20, III.

Herrenrad, fast neu, zu verk. Nur von 4 Uhr ab. **Jüngert, Karl-Wilhelmstr. 36, II.**

Fahrrad u. Zimmerstutzen g. neu, zu verk. B28142 Morgenstr. 9, III., r.

Kinderwagen
zu verkauf.: Gerwigstr. Nr. 54 a, V. B28134

Feiner Gehrock-Anzug, Frack, aus fein. Tuch, einige Westen, f. neu, f. groß., stark. Hrn., preiswert abzugeben: Bachstraße 15. B28136

Gelbe Herrenstiefel Nr. 42, wenig getragen, **Kinderstiefel** Nr. 30 zu verk. Adlerstr. 38, 1. Hof.

Weiße Halbschuhe, Gr. 37, neu, **schwarze D.-Stiefel,** Gr. 38, gut erh., zu verk. Hirschstr. 26. H.

Boxer Rüde, zimmerrein, billig abzugeben. B28236 Augartenstr. 17, 3. Stock.

Jg. Rotweiler, 6 Wochen alt, preiswert zu verkauf. Th. Ruf, Kronenstr. 44, I. B27838

Gute Legbühner z. verk. B28206 Bannwaldallee 1.

In Karlsruhe oder Ettlingen suche ich eine
Villa od. Einfamilienhaus
zu kaufen. — Angebote unter B28170 an die „Bad. Presse“ erbeten.

Zu kaufen gesucht:
1 mittelschw.
Leitspindeldrehbank
1,50 m bis 2 m Drehlänge, ca. 200 mm Spitzenhöhe, mögl. große Köpfung,
1 Schnellbohrmaschine
bis 20 mm. Maschinen müssen sehr gut erhalten sein. Ausführl. Offerten mit Preis an 2741a
Carl Metzger, Waldbürn. Telefon 25.

---

1 Karbidschweißapparat
mit Schneiddrenner und
1 Hebelblechschere
für Bleche bis 5 mm zu kaufen gesucht. Eilangeb. an **Franz Lillotte, Karlsruhe,** Lammstraße 12, III. B28202

Bier-Gärbottiche
gesucht.
Ovalfässer
je 64 Liter, wie neu, abzugeben. 2642a
C. Herm. Leser, Lahr, Gärtnerstr.

National-Kassen
kauft **Bügler, Berlin,** Potsdamerstr. 38. A1281

Gut erhaltene, dopp. ausziehbare
hydraulische Obstkelterei
(System Kleemann), mit je 10 Ztr. Schüttung, kompl. mit sämtl. Zubehör, evtl. mit Einschlagständen, preiswert zu verkaufen.
Näheres u. Nr. 2744a an die „Badische Presse“.

Offene Stellen

Wir suchen für Ortsnetz-Arbeiten **tüchtige, selbständige und zuverlässige**
Elektromonteure
zum sofortigen Eintritt. Bewerbungen mit Lebenslauf und Zeugnisabschriften unt. Nr. 10404 an die „Bad. Presse“.

Tüchtiger Maschinenschlosser
der im Stand ist, sämtliche vorkommenden Reparaturen vorzunehmen und auch von elektr. Installationen etwas versteht, wird in Dauerstellung **gesucht.** 10415
Malzfabrik
A. H. Wimpfheimer,
Karlsruhe-Mühlburg

Zum sofort. oder späteren Eintritt strebsamer
junger Mann
möglichst aus dem Feuerversicherungszweig gesucht.
Bewerbung erbeten an 10409
Württembg. Feuerversicherung,
Generalvertr. Karlsruhe, Kaiserstr. 158, III.

Für sofort oder später, für **Kurz-, Weiß-, Woll- u. Manufakturwaren** tüchtige, mit der **Branche vollständig vertraute**
Verkäuferin
gesucht. Angebote mit Bild u. Angabe bisheriger Tätigkeit an A1284
Kaufhaus J. Boss,
Villingen i. Schwarzwald.

Feuerschmied gesucht! B28205
Carl Seitz & Sohn, Rüppurrerstr 30/32.

Tüchtige Gipser und Fassadenputzer
bei hohen Lohn- und Akkordsätzen gesucht. 2746a
J. Baggenitoß, Badisch-Rheinfelden.

Zwei tüchtige
Schuhmachergehilfen
auf neue Arbeit v. sofort gesucht. 10414
A. Walter,
Kapellenstraße 10.

Ein ordentlicher
Knecht
der ein Pferd zu besorgen und in der Brauerei mitzuhelfen hat, **kann eintreten.** 2758a
Adler-Brauerei Tribera.

Selbst
Büglerin
zu sof. Eintritt gesucht.
Himmelheber & Bier, Kaiserstr. 171. 10418

Packerin
für Versand-Geschäft sof.
gesucht
Angeb. m. Angabe bisher. Tätigkeit, Zeugnisabschr. u. Lohnansprüche unter Nr. 10401 an die „Bad. Presse“.

Mädchen
s. g. Gehalt **sofort** gesucht.
Dr. W., Jähringerstraße 20, 3. St. B28148

Gesucht wird für 3 Std. vormitt. **bessere Frau** zur Mithilfe im Haushalt. **Frau Klein, Jollystraße 10, II.** B28176

Stellengesuche

Jung., strebsam. Kaufmann, 18 Jahre, sucht sich auf 1. Sept.
zu verändern.
Gefl. Angebote unt. Nr. B28114 an die Bad. Pr.

Nebenverdienst
in Kassen- u. Rechnungsgeschäften, sowie schriftl. Arbeiten — auch außer dem Hause — einige Stunden täglich gesucht. Offerten unt. Nr. B28218 an die Bad. Presse erbet.

---

2 Servierfräulein
(keine Berufskellnerin) **suchen Stellung** in nur gut Hause. Gute Zeugnisse stehen z. Verfügung. Offerten erbet. an 8164
A. Butscher, Freiburg i. Br., Adelhauserstr., 14, I.

Amerika oder Holland.
Bess., jg. unabhängige Frau, musikalisch gebild., in allen häusl. Arbeiten bewandert, sucht Stellung evtl. als **Wirtschafterin**
Angeb. u. Nr. B28166 an die „Badische Presse“.

Wohnungstausch

Gesucht werden
3 Tauschwohnungen
gegen eine 4-Zimmerwohnung in Rastatt, eine 2-Zimmer-Wohnung in Neckarsulm, eine 4-Z.-Wohnung in Braunschweig. 10395
Carl Meh,
Feuerwehrgeräte-Fabrik.

Tausch.
Schöne 3-Zimmer-Wohnung m. 2 Balkon, elektr. Licht, Gas 2c. ist zu tauschen geg. solche in Durlach. Angebote unt. Nr. B28186 an die Bad. Pr.

Zu vermieten

Alleinstehende Dame oder Herr erhält
gemütl. Heim
in bess., ruhig. Hause bei Frau mit 2 schon größ. Kindern. Angeb. m. näh. Angabe unt. Nr. B28168 an die „Badische Presse“.

Mietgesuche

2 od. 3 größ., heizb., helle
Räume
für ruhig. Unternehmen sofort oder in Bälde zu mieten gesucht.
Angeb. unt. Nr. 10403 an die „Bad. Presse“.

Stallung
für 2 Pferde in der Südstadt auf sofort oder 1. Okt. zu mieten gesucht.
Angeb. unt. Nr. B28220 an die „Bad. Presse“.

Sonnig gelegenes Wohn- u. Schlafzimmer
v. Beamten, Dauermiet., auf spät. 1. Sept. gesucht.
Angebote unter B28126 an die „Bad. Presse“.

Pol.-Offizier sucht gut
möbl. heizb. Zimmer
in nur gutem Hause der Weststadt per sofort.
Angeb. unt. Nr. B28090 an die „Bad. Presse“.

Solider Herr **sucht ein schön möbliert. Zimmer** bei guter Familie, per sofort oder später. Preis Nebensache.
Angeb. unt. Nr. B28164 an die „Bad. Presse“.

Student aus guter Familie **sucht Zimmer** zum 1. Okt. oder früher.
Angeb. unt. Nr. B28160 an die „Bad. Presse“.

Anständig. Mann sucht sofort einfach möbliertes
Zimmer
m. Frühstück, wöchentlich 90 bis 120 M. Angebote unter Nr. B28152 an die Badische Presse.

Jung. Herr, evgl., aus bester Familie, in angef. Stellung sucht **möbliert. Zimmer** in bess. Hause, mögl. Familienanschluß. Angebote u. Nr. B28188 an die Badische Presse.

Jg. Ehepaar sucht sof.
möbliertes Zimmer
wenn mögl. mit Küche. Angebote u. Nr. B28112 an die Badische Presse.

Kinderl. Ehepaar sucht
möbliertes Zimmer
auch ohne Bedienung. Oststadt. Angebote unt. B28118 an die Bad. Pr.

---

1 bis 2 od. mehrere
möblierte Zimmer
mit elektr. Licht für sof. od. spät. gesucht. Angebote unter Nr. B28120 an die Badische Presse.

Gut möbl. Zimmer
von jg., sol. Herrn sof. zu mieten gesucht. Angebote unt. Nr. B28128 an die Badische Presse.

Rub., jung. Mann sucht auf 1. Aug. sauberes u. helles Zimmer. West- od. Südwest. Angeb. unt. B28122 an die Bad. Pr.

Jung. Kaufm. sucht per sof. möbl. Zimmer im Zentr. d. Stadt. Ang. u. B28124 an die Bad. Pr.

Sol., jung. Mann sucht zu sofort oder 1. August
1 oder 2 möbl. Zimmer
Oststadt bevorzugt. Angeb. mit Preis u. B28150 an die „Badische Presse“.

Angestellter sucht per 1. August
möbl. Zimmer
in Karlsruhe, Nähe Kaiserstr. Gefl. Angeb. unter T. B. B 4172 an R. Mosse, B.-Baden. A1282

1-2 möbl. Zimmer
werden für **sofort** gesucht.
Angebote zu richten für Käte Roha-Warmersperger unter Nr. 10410 an die „Bad. Presse“.

Junges Ehepaar aus guter Familie sucht **zwei Mansardenzimmer** in Mühlburg. Preis bis 5000 Mk. Angebote unt. B28234 an d. Bad. Presse.

Suche auf sofort
leere Mansarde
od. unmöbl. Zimmer zum Einstellen v. Möbel evtl. auch z. Wohnen, am liebst. Oststadt. Gefl. Ang. unt. B28212 an die Bad. Presse.

Unmöbliert. Zimmer f. sof. od. spät. zu mieten ges. Angeb. u. B28192 an die Badische Presse.

1—2 leere Räume

für Bürozwecke geeignet, **gesucht.** Angeb. unter Nr. B28216 an die Geschäftsstelle der „Badischen Presse“ erbeten.

Südwestdeutsche Industrie- und Wirtschafts-Zeitung

25. Juli — Handelszeitung der Badischen Presse. — Nr. 337

Wertpapierbörsen.

Frankfurter Börse vom 25. Juli.

Lustlos; westliche Montanwerte fest.

ep **Frankfurt**, 25. Juli. (Drahtmeldung unserer Frankfurter Handelsvertretung.) Am Devisenmarkt war das Geschäft auf Grund der unsicheren bayerischen Lage klein und zurückhaltend. Gegen 1 Uhr notierten Kabel 501.

An den Effektenmärkten verstärkte sich heute die allgemeine Zurückhaltung. Das Börsenbild ist sehr uneinheitlich, nur rheinisch-westfälische Montanwerte gesteigert. Harpener plus 100. Mannesmann und Deutsch-Luxemburg plus 65, Lothringer Hütte plus 50, Gelsenkirchen plus 40. Oberschlesier dagegen eher rückläufig. Oberbedarf minus 10, Caro minus 35. Kaliwerte angeregt. Aschersleben plus 39.

Maschinenwerte nachgebend. Anilinwerte ebenfalls heute schwächer. Höchster minus 10, Griesheim minus 15, Anilin minus 2, Scheideanstalt minus 24, Holzverkohlung minus 10. Auch Elektrowerte schwächer. Bergmann minus 10, Licht und Kraft minus 29½, dagegen Schuckert plus 46, Siemens plus 30, A.E.G. plus 8. In auswärtigen Exoten war das Geschäft ruhig.

Der Freiverkehr ist fast geschäftslos bei wenig veränderten Kursen.

Berliner Börse vom 25. Juli.

Freiverkehr. Kolonial-Anteile 10 700, Deutsch Petroleum 2275, Adler-Kali 1250, Becker Stahlwerke 530, Benz Motoren 510, Zellstoff Umnack 665, Deutsche Lastauto 330, Frister Roßmann 3600, Halbach Maschinen 440, Hallescher Kali 1225, Hannoverscher Kali 1050, Hansa Lloyd 280, Heldburg Vorzug 1375, Kabel Rheydt 600, Karstadt 245, Krügershall 715, Mannesmann Mulag 460, Mansfelder Aktien 365, Ronnenberg Alkali 2700, Scheidemandel 1600, Tiag junge 465, Trierer Walzwerke 700, Ufa Film A.-G. 220, Wolff Magdeburg 745, Zeitzer Chem. Werke 925, Pomona 17 000, Petersburger Int. Bank 128, Internat. Petroleum-Union 2425.

Mannheimer Börse vom 25. Juli.

Mannheim, 25. Juli. (Eigener Drahtbericht.) Freiverkehr: Atlas Lebensversi.-Ges. Ludwigshafen 225 B., Baumwollspinnerei Lampertsmühle 850 G., Bad. Motorlok. 270 G., 285 B., Bammentaler Tapeten 500 G., 525 B., Brown, Boveri u. Co. 380 G., 390 B., Erste Deutsche Ramie 3500 G., Entreprises 4000 G., Gebr. Fahr 580 G., 590 B., Flinck Bronce 150 G., 170 B., Germania Linoleum 830 G., 850 B., Gummi Neckar 240 G., 260 B., Helvetia 500 G., Ingelheimer 150 B., C. H. Knorr 490 G., 510 B., Kraichgauer Maschinen 180 G., 200 B., Rastatter Waggon 560 G., 580 B., Rheinmühlenwerke 500 G., Stahlwerke Mannheim 950 G., 1000 B., Südd. Jute 1900 G., 1950 B., Ufa 235 G., 245 B., Wünschel Erben 825 B., Bugatti 180 G., 190 B., Waldorf Astoria 475 G., 500 B., Bad. Elektron 235 G., 250 B. Die Tendenz gestaltete sich im heutigen Freiverkehr etwas freundlicher.

Die Lage der deutschen Export-Industrien.

sb. Auf den ersten Blick erscheint die Geschäftslage fast aller deutschen Industrien nicht ungünstig. So sind z. B. die Maschinenindustrie und darunter wieder die der landwirtschaftlicher Maschinen auch für den Export augenblicklich nur gut beschäftigt. Ueber einen im allgemeinen nur günstigen Auftragsbestand sowohl vom In- wie vom Auslande und daneben über einen ziemlich reibungslosen Produktionsprozeß berichten auch der Apparate- und Motorenbau. Waggon- und Lokomotivindustrie sind mit Auslandsaufträgen, insbesondere für Jugoslawien sehr gut eingedeckt, und auch die Automobilbranche hat trotz erheblich vorgerückter Preise immer noch größere Umsätze zu verzeichnen. Die seither so günstige Konjunktur der Fahrradindustrie hält an und kann noch auf längere Zeit hinaus als gesichert gelten. Daneben erstarkt auch immer mehr die Motor-Fahrrad-Fabrikation, die trotz der englischen Konkurrenz besonders in mittleren und schweren Typs recht gute Erfolge aufzuweisen hat. In diesem Zusammenhang ist auch noch die Armaturenindustrie zu erwähnen, die augenblicklich und namentlich für den Export recht stark engagiert ist.

In der Spielwarenbranche finden einzelne Zweige, so insbesondere die Spielwarenneuheiten im Hinblick auf die durch die weitere Entwertung der Mark geschaffene günstige Kaufgelegenheit guten Absatz. Geringer sind dagegen die Umsätze in Puppen und Holzspielwaren. Die in letzter Zeit ebenfalls zurückgegangenen Auftragsbestände der feinmechanischen und optischen Branche sind jetzt wieder durch Neubestellungen aufgefrischt worden. Recht günstig arbeitet gegenwärtig auch die Reißzeugindustrie und die Meßwerkzeugbranche, die mit ihren Qualitätsfabrikaten in zahlreichen Auslandsstaaten wieder festen Fuß gefaßt haben. Dagegen zeigt sich etwas ruhiger, wenn auch nicht ungünstig das Geschäft in Bronzefarben, Metallpapier, edlen und unedlen Blattmetalles.

Die meisten Zweige der Elektrizitätsindustrie sind noch rege beschäftigt, vor allem auch mit Bestellungen aus dem Auslande. Die ausländische Nachfrage wird in der Hauptsache für die Erzeugnisse der elektrischen Kohlenindustrie als sehr stark bezeichnet; ähnlich liegt es auch mit dem Export von Glühlampen nach überseeischen Ländern. Elektrische Anlagen werden aus allen Teilen der inländischen Industrie noch unverändert lebhaft bestellt. Dagegen haben die Motorenbestellungen eine Abschwächung erfahren, doch wird gehofft, daß in den kommenden Monaten die Bedürfnisse der Landwrtschaft ein neuerliches Ansteigen der Bestellungen herbeiführen werden. Gut ist immer noch die Nachfrage in Leitungen und Kabel. Die Schwachstromelektrotechnik hat dauernd stark zu tun; hier sind aber die Aufträge aus dem Auslande ebenso wie für elektromedizinische Apparate zurückgegangen. Für elektrotechnische Stanzartikel finden sich Klagen über gedrückte Preise, und das Inland zeigt wenig Kaufneigung, doch besteht immerhin gute Auslandsnachfrage.

Auch die Lage der chemischen Industrie kann im allgemeinen als günstig angesprochen werden. Wenn allerdings in einzelnen Berichten Klagen geäußert werden, so gehen sie auf den Mangel an hochwertiger Kohle zurück. Der gesteigerte Bedarf der Landwirtschaft sichert der Düngermittelindustie eine laufende Beschäftigung. Sprengstoffe und Munition, die an und für sich zu den der weniger begehrten Artikel zählen, sind vielfach auf Monate hinaus vergriffen. Die Berichte der Farben- und Lackfabriken lassen auf eine günstige Weiterentwicklung der schon früher gemeldeten Ansätze zur Besserung schließen. Eifrig am Werk ist auch die Seifenindustrie, die sich durch etwas gesteigerte Zufuhren von Soda ihre Produktion lebhafter gestalten konnte. Allerdings sind dafür neue Lohnerhöhungen zu melden, welche die Preise für Fertigfabrikate neuerdings wesentlich verteuert haben. Qualitätskohle fehlt noch immer in der Porzellanindustrie, die außerdem auch darüber klagt, daß sich die geringere Aufnahmefähigkeit der ausländischen Absatzmärkte immer noch nicht gebessert hat. Trotzdem ist aber der Auftragsbestand im allgemeinen günstig und die meisten Betriebe haben noch auf Monate hinaus Beschäftigungsmöglichkeit. In Luxuswaren hält sowohl das Inland wie das Ausland im Einkauf sehr zurück. Auch die Mitteilungen der Glas-, Spiegel- und Spiegelglasindustrie lauten recht günstig.

Bei weit reichenden Umfragen in der Holzindustrie über die Geschäftslage und die Aussichten für die nächste Zukunft stößt man auf die verschiedensten Meinungen. Jedenfalls liegen die Verhältnisse zur Zeit sehr undurchsichtig. Faßt alle Aeußerungen haben das Signum gemeinsam, daß man mit dem denkbar größten Pessimismus den kommenden Monaten entgegensieht. Vielfach fehlt es angesichts des systematischen Ruins der Kaufkraft der Mark an flüssigen Barmitteln, deren die Betriebe auch bei rationellster Leitung nicht entraten können. Man gibt allgemein ganz offen zu, daß in den letzten Monaten bei durchweg flottem Geschäftsgang große Summen eingenommen worden sind. Aber diese Summen waren keineswegs Verdienst. Sie wurden und werden im zunehmenden Maße durch fortgesetzt steigende Rohmaterialpreise, höhere Löhne und wachsende Betriebsunkosten sowie sie kommen aufgezehrt. Möbelfabrikanten und Holzindustrielle berichten nur über einen spärlichen Eingang neuer Aufträge jedenfalls gehören große Anstrengungen dazu, um Abschlüsse zu tätigen. In der Möbelindustrie bestehen ja noch gute Inlandsaufträge, dagegen sind sowohl in England wie auch in Holland, den bisherigen Hauptexportländern, die Lager ziemlich gefüllt, und zudem bieten in letzter Zeit die nordischen Länder billiger an als Deutschland. In der Schweiz sträubt man sich ganz energisch gegen die Einfuhr deutscher Möbel. Die Rohmaterialpreise sind ins ungeheuerliche gestiegen; darüber klagen besonders auch die Pinsel-, Bürsten- und Bleistiftindustrie, die dafür auf der anderen Seite in erfreulicherweise berichten können, daß sie mit Aufträgen besonders vom Ausland noch recht gut versorgt sind; das gleiche gilt auch für die Pfeifenindustrie. Auch in Korbwaren und Rohrmöbel geht augenblicklich noch ein ziemlich flottes Geschäft.

Die Lage des Arbeitsmarktes.

Die Erwerbslosenziffer ist mit der anhaltend günstigen Entwicklung des Arbeitsmarktes in ständigem Sinken begriffen.

Der beträchtliche Bedarf der Landwirtschaft und der Industrie der Steine und Erden (insbesondere der Ziegeleifabrikation), ferner der Maschinenindustrie (soweit es sich um Facharbeiter handelt) und des Holz- und Schnitzstoffgewerbes blieb auf der Höhe der Vorwoche; ebenso zeigte sich die Papierindustrie nach wie vor für Arbeiterinnen aufnahmefähig, während sich in der Tabakindustrie das Verhältnis von Kräfteangebot und Nachfrage infolge einer gewissen Verminderung der Aufträge etwas verschlechtert hat.

Gute Beschäftigungsmöglichkeit bietet zur Zeit die Konservenfabrikation für weibliche Arbeitskräfte.

Der Bedarf des Baugewerbes konnte, wie schon bisher nur teilweise befriedigt werden. Der ganz besonders empfindliche Mangel an Maurern hemmt bis zu einem gewissen Grade die restlose Verwendungsmöglichkeit der (allerdings nicht mehr sehr zahlreichen) für Bauarbeiten noch in Betracht kommenden ungelernten Hilfskräfte.

Die Verkehrslage im Rheinstromgebiet.

(Mitteilungen der Karlsruher Schiffahrts-Aktiengesellschaft, Karlsruhe.)

Wir haben in unseren letzten Nachrichten darauf hingewiesen, daß in Holland ein größerer Streik angebrochen ist, der sich allerdings nur auf das Personal der holländischen Schleppboote erstreckt, immerhin aber eine empfindliche Störung des gesamten Verkehrs mit sich bringt. Der Streik dürfte noch länger andauern, denn die seitherigen Einigungsverhandlungen führten zu keinerlei Ergebnis. Der Dienst ist notdürftig durch freiwillig fahrendes Personal und einzelne deutsche Dampfer aufrecht erhalten worden, und es konnte bei den Parteien inzwischen auch auf Antrag der deutschen Unternehmungen erreicht werden, daß die gerade fertiggestellten Kähne, und zwar ausschließlich durch deutsche Dampfer, aufgenommen und abtransportiert werden. Wie weit dann der fernere Verkehr ermöglicht wird, läßt sich vorerst nicht absehen. Möglicherweise werden aber auch die seither noch verkehrenden Dampfer gezwungen, das Schleppen auf der holländischen Strecke vollständig einzustellen.

Unter Einwirkung der Verhältnisse ist auch weiter eine größere Anzahl Dampfer umdisponiert worden, und der Verkehr in Rotterdam hat infolgedessen stark nachgelassen, sodaß die verfügbar gewordenen Rheinschiffsräume bei weitem ausreichen, um vorerst die Seedampfer zu bedienen, wobei aber wie gesagt, ein größerer Aufenthalt und damit Liegegelder und sonstige Unkosten, insbesondere auch erhebliche Mehrkosten für das doch erreichte Verschleppen zu Lasten der Transporte entstehen.

Die Schiffsmiete hat sich zuletzt auf 3½ Cents pro Tonne und Tag, in Antwerpen auf 25/28 Centimes pro Tonne und Tag, in Deutschland für Rheinschiffe auf ℳ 2.10, für Kanalschiffe auf ℳ 2.30 per Tonne und Tag gestellt.

Die Schleppkosten im Talverkehr von der Ruhr nach Holland sind naturgemäß unter Einwirkung dieser Verhältnisse auch außerordentlich gestiegen; es wurden 450/500 Mark für große Schiffe angelegt, für kleinere Schiffe dementsprechend. Der Schleplohn von der Ruhr nach Mannheim stellte sich im Durchschnitt auf ℳ 1.20 pro Tonne. Für Talktransporte sind die Reedereien sehr zurückhaltend. Frachten können nur unter Vorbehalt der durch die Streiklage erwachsenden Mehrkosten notiert werden. In der Fahrt nach Karlsruhe sind größere Partien Auslandszucker zu berücksichtigen. Die Holzverschiffung talwärts besteht zum weitaus größten Teil aus Osthölzern, d. h. aus solchen von Böhmen usw., soweit der Verkehr nach dem Ausland in Betracht kommt, während die deutschen Verschiffungen auch weiter meist an deutsche Abnehmer am Niederrhein zur Verfrachtung kommen.

Industrie und Handel.

Außenhandelserleichterungen für die Uebersee-Woche Hamburg. Durch eine Bekanntmachung des Reichskommissars für Ein- und Ausfuhrbewilligung, die in den nächsten Tagen im „Deutschen Reichsanzeiger" zur Veröffentlichung gelangt, werden die Zollstellen ermächtigt, die Ein- und Wiederausfuhr von Waren, die zur Ausstellung für die vom 12.—22. August in Hamburg stattfindende kunstgewerbliche Exportausstellung der Uebersee-Woche bestimmt und als solche in den Begleitpapieren bezeichnet sind, unter der Bedingung ohne Ein- bezw. Ausfuhrbewilligung zuzulassen, daß sie unter Zollkontrolle auf ein Hamburger Zollamt abgefertigt werden, während ihres Verbleibs in Deutschland im Vormerkverfahren unter Zollkontrolle bleiben und binnen zwei Monaten nach Schluß der Ausstellung wieder ausgeführt werden. Die Wiederausfuhr muß der betreffenden Zollstelle gegenüber sichergestellt werden.

Ton- und Torfwerke Willaringen. In das Handelsregister Säkkingen ist die Aktiengesellschaft Firma Ton- und Torfwerke in Willaringen eingetrgen worden. Gegenstand des Unternehmens ist die Herstellung von Maschinentorf, vgn Leicht- und Hartsteinen und Tonwaren aller Art. Das Grundkapital beträgt 400 000 M.

n. **Salzwerk Heilbronn A.-G.** Auf Antrag der Süddeutschen Diskonto-Gesellschaft A.-G. Mannheim nom. 14 Mill. auf den Inhaber lautende Stammaktien, mit Gewinnberechtigung für 1921/22 zum Handel und zur Notierung an der Mannheimer Börse zugelassen. Die Gesellschaft beschäftigt zur Zeit zirka 60 Beamte und 600 Arbeiter. Der Geschäftsgang ist gut, so daß, falls keine unvorhergesehenen Ereignisse eintreten, mit einem befriedigenden Ergebnis für 1921/22 gerechnet werden kann. Die jüngst gemachte Mitteilung, daß das Unternehmen zum Bezug neuer Aktien auffordere, beruhte auf einem Irrtum des Berichterstatters.

n. **Dampfkesselfabrik vorm. Arthur Rodberg, A.-G., Darmstadt.** Die Gesellschaft beruft zur Genehmigung des Vertrags mit der Maschinenbauanstalt und Dampfkesselfabrik A.G. in Darmstadt, ihr Gesellschaftsvermögen als Ganzes ohne Liquidation auf die Rodberggesellschaft gegen Gewährung von Aktien dieser Gesellschaft übergehen zu lassen, eine außerordentliche Generalversammlung ein. Auf je eine Aktie der Maschinenbauanstalt werden zwei Rodberg-Stammaktien mit halber Dividendenberechtigung für das laufende Geschäftsjahr gewährt. Die Rodberggesellschaft erhöht zu diesem Zweck ihr Aktienkapital um 1,8 Millionen ℳ Stammaktien. Die vereinigten Gesellschaften tragen dann die Namen: Vereinigte Maschinen- und Kesselfabriken Rodberg, Venuleth u. Leuchs, A.-G. in Darmstadt.

Die Deutsche Dunlop-Gummi-Compagnie Aktien-Gesellschaft, Hanau a. M. teilt mit, daß das seither alleinige Vorstandsmitglied, Herr Direktor Max Bräuning zum Generaldirektor und Herr Jean Keim zum stellvertr. Vorstandsmitglied ernannt wurde.

Die Adlerwerke vorm. Heinrich Kleyer A.-G., Frankfurt a. M., schlagen der auf 16. August einberufenen a. o. Generalversammlung die Erhöhung des Aktienkapitals um 50 Mill. auf 150 Mill. Stammaktien und 5 Mill. 7proz., zu 115 Proz. rückzahlbare Vorzugsaktien mit 15fachem Stimmrecht und 25 Proz. Einzahlung vor. Die neuen Aktien sollen sämtlich den alten Aktionären angeboten werden.

n **Kostheimer Cellulose- und Papierfabrik A.-G. Kostheim.** Gegen die Generalversammlungsbeschlüsse vom 29. Juni, betr. Zuwählung von Aufsichtsratsmitgliedern aus dem Hartmann-Konzern hat der in der damaligen Generalversammlung opponierende Aktionär Dr. Ludwig Ruge in Berlin Anfechtungsklage erhoben. Der erste Termin findet beim Hessischen Landgericht Mainz, Ferienkammer für Handelssachen, am 27. Oktober statt.

= **Stahlwerk Becker A.-G. in Willich.** Es besteht die Absicht, nach erfolgter Genehmigung der Bilanz durch die diesjährige, im August stattfindende G.-V. die Einführung der Aktien zum Handel an der Berliner Börse zu beantragen.

Banken und Geldwesen.

× **Neues Hartgeld im Werte von 1—5 Mark** wird in diesem Sommer zur Ausgabe kommen.

Höhe des gesetzlichen Zinsfußes. Nach den Bestimmungen des Handelsgesetzbuches können im Verzugsfalle 4 Prozent oder bei beiderseitigen Handelsgeschäften 5 Prozent berechnet werden. Diese Zinssätze entsprachen der Wirtschaftslage der Vorkriegszeit, wo der Diskont der Reichsbank etwa 3 bis 3½ Prozent betrug. Auch sonst bewegten sich die Zinssätze etwa in der Höhe der gesetzlichen Zinsen. Wenn also der säumige Schuldner die gesetzlichen Zinssätze bezahlen mußte, so war im allgemeinen anzunehmen, daß der Gläubiger auch sonst keine höheren Sätze aus seinem Gelde gezogen hätte. Durch Zahlung der gesetzlichen Zinsen war vielmehr in den meisten Fällen der tatsächlich erlittene Schaden ausgeglichen. In der Nachkriegszeit hat sich nun die Wirtschaftslage verschoben. Wenn jetzt der säumige Schuldner nicht zahlt, so erhält der Gläubiger keinen Ersatz für die Aufwendungen, die er etwa bei Inanspruchnahme von Bankkredit machen muß, für den er 8 Prozent und mehr zu vergüten hat. Die Handelskammer Karlsruhe hat, wie sie in der Bad. Wirtschaftszeitung mitteilt, aus diesem Grunde eine Erhöhung der Zinssätze des Bürgerlichen Gesetzbuches und des Handelsgesetzbuches befürwortet und angeregt, daß zum Zwecke der Anpassung des Zinsfußes an die jeweilige Wirtschaftslage für dessen Höhe der Lombardsatz der Reichsbank maßgebend sein soll.

Die Handels- und Gewerbebank A.-G. Karlsruhe, gegründet 1856, hat ihre Geschäftsräume von Zirkel 30 nach dem von ihr käuflich erworbenen Hause Friedrichsplatz 9 verlegt und ihren Geschäftsbetrieb im Zusammenhang damit wesentlich ausgedehnt. Er erstreckt sich nunmehr auf alle in das Bankfach einschlägigen Geschäfte, so den An- und Verkauf von Wertpapieren ausländischer Geldsorten und Devisen, die Beleihung von Wertpapieren, Beratung bei Kapitalanlagen, Eröffnung von Konto-Korrent-Konten mit und ohne Kreditgewährung, Annahme von Spareinlagen mit und ohne Kündigungsfrist, sowie den Wechsel- und Scheckverkehr.

Zahlungsschwierigkeiten Südtiroler Banken. Die vor einiger Zeit erfolgte Zahlungseinstellung der Südtiroler Filialen der Bank für Tirol und Vorarlberg hatte Angstabhebungen der Bevölkerung zur Folge, die nunmehr auch eine zweite Bank in Schwierigkeiten gebracht hat. Die Tiroler Vereinsbank in Bozen teilt mit, daß durch die Abhebungen, die in den letzten 6 Wochen rund 4 Millionen Lire betragen haben, ihre flüssigen Mittel erschöpft seien und sie seit Freitag bis auf weiteres ihre Schalter geschlossen habe. Die Bilanz sei unter Berücksichtigung der Buchforderungen auf Kriegsanleihe-Belehnungen vollkommen aktiv. Es bestehe Hoffnung, daß durch Verhandlungen mit anderen Geldinstituten die Zahlungen in nächster Zeit wieder aufgenommen werden könnten. Wie das Bozener Blatt „Der Tiroler" mitteilt, kam in der ersten Gläubigerversammlung der Bank für Tirol und Vorarlberg zum Ausdruck, daß die Schwierigkeiten auf die Vernachlässigung der Kriegsanleihefrage durch die italienische Regierung zurückzuführen seien. Es wurde beschlossen, mit allen zu Gebote stehenden Mitteln an die Regierung heranzutreten, damit sie nunmehr eingreife.

Deutsche Tätigkeit an holländischen Börsen. Im „Nieuwe Rotterd. Courant" vom 18. Juli wird aus Kreisen der Effektenbörse scharf Front gemacht gegen die Bestrebungen, noch mehr Ausländer zum Verkehr an der Börse zuzulassen. Es wird darauf verwiesen, daß infolge der sehr milden Handhabung der Börsenpraxis jetzt schon viele deutsche Operateure vorhanden sind und daß die Gefahr besteht, den Bankiers- und Effektenbetrieb Hollands langsam in deutsche Hände übergehen zu sehen.

Waren und Märkte.

Bodenerzeugnisse

Nürnberger Hopfenmarkt.

sb. Allmählich kehrt nun, wie alljährlich, gegen Ende der Saison wieder größere Ruhe auf dem Nürnberger Hopfenmarkt ein. So wurden auch in der letzten Woche bei zurückgehender Nachfrage wieder nur ungefähr 50 Ballen und zwar durchweg nur Fremdhopfen umgesetzt. Einheimische Hopfen der letzten Ernte sind in den Marktlagern vollständig geräumt und Zufuhren kommen nicht mehr herein. Sonst hat sich die Lage des Marktes jedoch nicht weiter verändert und Stimmung und Preise blieben anhaltend recht fest. Es wurden bezahlt für Burgunder 21 500 ℳ, Polen 20 000 bis 21 500 ℳ, Steyermarker 24 000 ℳ und für Elsässer 21 500—25 000 ℳ, letztgenannter Preis allerdings nur für effektiv Prima-Hopfen. — Die Zufuhren gestalteten sich etwas günstiger und betrugen 120 Ballen. — Die Tendenz für Hopfen älterer Jahrgänge hat sich ebenfalls nicht geändert. Die hauptsächlich gefragten Ballothopfen kamen bei festen Preisen bis zu 16 000 ℳ für Prima zum Abschluß. Die Woche schloß in weiter sehr fester Haltung.

Das andauernd feuchtwarme Wetter begünstigt in offensichtlicher Weise die Vegetation. Die Hopfengärten, schön grün, gleichmäßig entwickelt, außerordentlich üppig und ungezieferfrei, mit weitausgreifenden Seitentrieben im gesamten Rebenwerk, vielversprechend, wenigstens bisher, gewähren in der Tat einen hoffnungsfrohen An- und Ausblick. Von verschiedenen Seiten konnte man in den letzten Tagen hören, daß Aufkäufer in unseren einheimischen Hopfenanbaugebieten bereits den Zentner Hopfen am Stock für 20 000 ℳ kaufen. Das beweist, daß man in den verschiedenen, am Hopfengeschäft interessierten Kreisen mit einer weiteren anziehenden Gestaltung des Hopfenpreises rechnet. Bei der Betrachtung der voraussichtlichen Entwicklung der Preisgestaltung für neue Hopfen darf jedoch nicht außer Acht gelassen werden, daß der englische Hopfenkontrolleur angeordnet hat, daß kein fremder Hopfen neuer Ernte nach England eingeführt werden darf, ferner, daß die Prohibition in Amerika noch immer Trumpf ist und vorerst es auch bleiben wird. Die hauptsächlichsten Ausfuhrgebiet für den Hopfen sind damit so gut wie kalt gestellt, was bei der Beurteilung der Lagen und der voraussichtlichen Gestaltung des Hopfenmarktes und des Hopfenpreises sehr ins Gewicht fällt.

Am belgischen Markte hat sich die Lage merklich befestigt. Poperinghe notierten mit 300—325 Frs. Für 1922er Oktober-November-Lieferung werden 225—235 Frs. geboten. — Am Straßburger Markte wird fast ausschließlich für deutschen Bedarf gekauft: Notierungen je nach Qualität und Valutastand 450—600 Frs. — Die Nachfrage am Saazer Platze ist wieder abgeschwächt. Käufer sind nur noch einige Kommissionäre und Exporteure, die 2200 und 2800 Kronen bezahlen. Die bedeutende Preisabschwächung ist einerseits auf die gebesserten Ernteaussichten, andererseits auf die ungeklärten Valutaverhältnisse zurückzuführen.

Der Valutamarkt.

(Schlußnotierungen.)

Paris, 24. Juli. Wechsel auf:

	21. 7.	24. 7.					
			Wien	0.05	0.04	Holland	459 25 / 457.50
Deutschland	2.45	2.37½	New-York	1183.–	1178.—	Italien	55.40 / 55.20
Bukarest	7.25	7.40	Brüssel	94.70	94.40	Schweiz	226.75 / 224.50
Prag	26.–	26.15	London	52.67	52.53	Spanien	184.— / 184.—

London, 24. Juli. Wechsel auf:

	22. 7.	24. 7.					
			Holland	114.75	114.65	Deutschland	22.37 / 22.29
Paris	531.75	525.00	New-York	447.75	446.18	Wien	14.50 / 14.50
Belgien	561.25	567.50	Spanien	285.00	286.10	Bukarest	—.— / 6.70
Schweiz	233.20	234.10	Italien	96.87	95.18		

Amsterdam. 24. Juli. Wechsel auf:

	21. 7.	24. 7.					
			Wien	0.085	0.008	Brüssel	20.55 / 20.57½
London	1146.–	11.46½	Kopenhagen	55.60	55.30	Madrid	39.97½ / 40.05
Berlin	0.52¾	0.51½	Stockholm	66.90	67.–	Italien	12.07½ / 12.02½
Paris	21.77½	21.80	Kristiania	43.10	43.25		
Schweiz	49.42½	49.00	New-York	257.25	257.50		

Kopenhagen. 24. Juli. Wechsel auf:

	22. 7.	24. 7.					
			Paris	39.15	39.50	Stockholm	120.75 / 121.—
London	20.09	20.72	Antwerpen	37.10	37.35	Kristiania	79.00 / 78.60
New-York	466.–	466.–	Zürich	89.10	88.70	Helsingfors	9.90 / 9.60
Hamburg	0.94	0.95	Amsterdam	181.15	181.—	Prag	10.30 / 10.50

Stockholm. 24. Juli. Sichtwechsel auf:

	22. 7.	24. 7.					
			Brüssel	30.80	31.–	Kristiania	65.50 / 65.25
London	17.19	17.18	schweiz. Plätze	74.00	74.–	Washington	387.— / 386.—
Berlin	0.82	0.79	Amsterdam	150.10	150.10	Helsingfors	8.10 / 8.05
Paris	32.50	32.65	Kopenhagen	83.25	83.25	Prag	8.75 / 8.75

Kristiania. 24. Juli. Sichtwechsel auf:

	22. 7.	24. 7.					
			New-York	592.–	593.—	Antwerpen	47.50 / 47.25
London	26.25	26.40	Amsterdam	231.–	231.—	Stockholm	153.50 / 154.20
Hamburg	1.25	1.25	Zürich	113.50	113.50	Kopenhagen	127.— / 127.50
Paris	50.–	50.–	Helsingfors	12.50	12.50	Prag	13.— / 13.—